

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Breis pränumerando: Vierteljährl. 2,50 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Unzert 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerbliche Inserate und Bestimmungsbefehle 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (ausdrücklich festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einrückungs- und Schließzeilen umfassen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 18 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

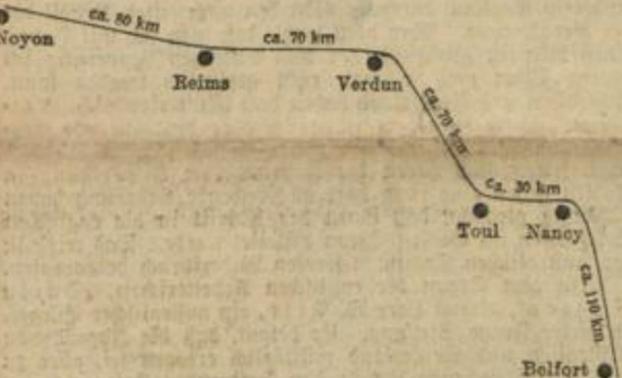
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 19. September 1914. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Deutsche Erfolge in der großen West-Schlacht.

Die Lage in der deutschen Kampffront.

Großes Hauptquartier, 18. September, vormittags. (W. L. D.) Zur Ergänzung der Meldung von gestern abend: Das französische XIII. und IV. Armeekorps und Teile einer weiteren Division sind gestern südlich Royon entscheidend geschlagen und haben mehrere Batterien verloren. Feindliche Angriffe gegen verschiedene Stellen der Schlachtfrent sind blutig zusammengebrochen. Ebenso ist ein Vorgehen französischer Alpenjäger am Vogesensamm im Breuschthal zurückgewiesen. Bei Erstürmung des Chateau Brimont bei Reims sind 2500 Gefangene gemacht worden. Auch sonst wurden in offener Feldschlacht Gefangene und Geschütze erbeutet, deren Zahl noch nicht zu übersehen ist. Das Ostheer setzt seine Operationen im Gouvernement Suwalki fort. Teile gehen auf die Festung Osowiec vor.



Wir geben in dieser Skizze ein ungefähres Bild der gesamten Schlachtfrent, in der gegenwärtig die Millionenheere im Westen um die Entscheidung ringen, wenigstens soweit die Angaben des deutschen Generalstabes ein solches Bild zulassen. Wir sagten schon gestern, daß ausländische Blätter weit mehr Einzelheiten geben, die jetzt von uns auf ihren wahren Wert nicht nachgeprüft werden können. Royon an der Düse mit seiner Umgebung ist der Schauplatz einer Schlacht, in der der äußerste rechte Flügel des deutschen Heeres zwei feindliche Armeekorps, deren einige zwanzig in der französischen Gesamtfrent stehen mögen, zurückgeschlagen konnte. Royon liegt ungefähr 120 Kilometer nordöstlich von Paris. Deutsche Heereskräfte waren Anfang September schon bis auf ungefähr 60 Kilometer an Paris herangekommen. Am 10. September meldete das Große Hauptquartier, daß nach einer Schlacht zwischen Reaumur und Montmirail diese Heereskräfte sich zurückgezogen haben.

Bei Reims wurde nach der obenstehenden Meldung des Großen Hauptquartiers auch ein Teilerfolg erzielt. Seit dem 1. September, wo uns ein siegreiches Vordringen der Deutschen nach Reims gemeldet wurde, hatten wir nichts wieder über kriegerische Vorgänge in jener Gegend gehört.

Das oben genannte Breuschthal in den Vogesen liegt in der Belforter Gegend, wo der linke Flügel der deutschen Armee (Generaloberst v. Heeringen) einen schwierigen Gebirgskrieg mit Gittertruppen Frankreichs zu führen hat.

Alle diese Kämpfe, das geht auch aus der obenstehenden Meldung hervor, haben zu einer Entscheidung von großer strategischer Bedeutung noch nicht geführt.

Inseren Ausführungen sei von den zahlreichen ausländischen Meldungen über das große Ringen in Westen nur eine englische Schilderung der Kriegslage angefügt. Nach der „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt der Berichterstatter der „Times“ unter anderem:

„Die große Schlacht, die jetzt geliefert wird über die breite Front von Paris bis Verdun und von dort bis an die Grenzen der Schweiz, ist gewiß der merkwürdigste Kampf der neuen Geschichte. Die Zahl der sich gegenüberstehenden Truppen, die vollkommene Organisation der Armeen, die tödliche Wirkung der Geschütze und der Waffen, die gebraucht werden, und die enormen Folgen — das alles macht, daß dieser Krieg einzig ist in der Geschichte der Völker. Seitdem der Krieg begonnen hat, ist das erste Mal, daß die Verbündeten mit voller Kraft die Offensive ergriffen und zwar mit einem gemeinschaftlichen Ziel vor Augen. Die Schlacht wird selbstverständlich heftiger aus mehr oder weniger kleineren Gefechten, aber die Aktion ist allgemein, und Vorteil und Verlust auf einer Seite der Linie wird ungewisselt von Einfluß sein auf einen anderen Teil. Wenn die Deutschen im Zentrum durchbrechen oder ihre beiden Armeen in Vorstößen über die Mosel gehen zwischen

Spinal und Toul, werden die Folgen, vor allem die unmittelbaren, für die Verbündeten sehr ernst sein. Aber wenn diese beide aushalten und den rechten Flügel der Deutschen überrumpeln und den Rücken der deutschen Nordarmeen mit Kavallerie überfluten, dann wird die deutsche Vorhut in eine Klemme geraten. Beide Parteien haben Aussicht, und wer gewinnt, wird von entscheidendem Vorteil sprechen können. Der Sieg, wenn er bereit sein möge, bietet große strategische Vorteile, wenn die Erschöpfung wenigstens die siegenden Truppen nicht verhindert, die Früchte zu pflücken. Wir brauchen es nicht zu verheimlichen, daß das fortwährende und regelmäßige Zurückziehen, das den Verbündeten auferlegt wurde durch die im Anfang von dem französischen Stabe begangenen Fehler, sehr verstimmt auf ihre Armeen gewirkt und ihre Widerstandskraft einigermaßen vermindert hat. Aber der Geist der Armeen der Verbündeten ist, soweit wir wissen, trotz dieser Unglücksfälle besser geworden, und die Wiederaufnahme der Offensive hat die Herzen der Soldaten der Verbündeten mit Freude erfüllt. Vermutlich nehmen drei Millionen Menschen an dieser Schlacht teil. Wir haben unseren Armeen die Leute, Pferde und das Material zugesandt, welche nötig sein werden. Die Franzosen haben dasselbe getan. Es gibt Gründe im Ueberflusse, anzunehmen, daß die Armeen der Verbündeten in guter Kondition seien. Sie sind imstande, mit voller Kraft den Kampf wieder aufzunehmen und auf den Feind loszuschlagen. Die Ermüdung ist auf beiden Seiten dieselbe, und es gibt gar keinen Grund, anzunehmen, daß unsere Truppen mehr ermüdet seien als die des Feindes.“

Aus den Kämpfen um Antwerpen.

Amsterdam, 18. September. (W. L. D.) „Nieuws van den Dag“ meldet aus Antwerpen vom 17. September: Heute früh zog eine deutsche Truppe, aus westlicher Richtung kommend, über die Stadt. Sie wurde durch einen belgischen Zweidecker vertrieben, der sie eine Strecke südlich verfolgte. In der Umgebung von Dendermonde wurde heute zwischen Deutschen und Belgiern gekämpft.

Die Krankheit des Generalobersten v. Hausen

Dresden, 18. September. (W. L. D.) Die „Sächsische Staatszeitung“ (früher „Dresdener Journal“) schreibt: Generaloberst Freiherr v. Hausen hat, wie wir schon meldeten, das Kommando über die dritte Armee, die unter seiner bewährten Führung frischen Lorbeer an ihre Fahnen geknüpft hat, aus Gesundheitsrücksichten niederlegen müssen. Er ist an Ruhr erkrankt und befindet sich zurzeit zur Wiederherstellung seiner Gesundheit im Wiesbaden. Seine Krankheit der Kaiser hat den hochverdienten Heerführer für die Dauer der Krankheit vorübergehend von seinem Kommando entzogen und ihm ein sehr gnädiges Allerhöchstes Handschreiben unter wiederholter Anerkennung der hervorragenden Leistungen der sächsischen Korps zugehen lassen.

Oberst v. Reuter nicht gefallen.

Wie die „Koburger Zeitung“ von der in Koburg lebenden Schwester des Obersten v. Reuter erzählt, ist das Gerücht von dem Verwundeten unrichtig. Es ist wohl dadurch entstanden, daß verwundete Offiziere gesehen haben, wie dem Obersten das Pferd unter dem Leib erschossen worden ist.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Gemeinsamer Kampf von reichsdeutschen und österreichischen Truppen?

Wien, 16. September. (W. L. D.) Ein Abendblatt meldet aus Arad: Ein höherer reichsdeutscher Offizier, der im hiesigen Militärhospital liegt, sprach sich in Worten des höchsten Lobes über die Heldentaten der österreichisch-ungarischen Truppen aus. Der Offizier sagte: Vom Kommandanten angefangen bis zum letzten Soldaten ist jeder ein Held. Man muß sie kämpfen gesehen haben, um die gigantischen Leistungen begreifen zu können. Gut ab vor diesen Männern, sie sind wahrhaft Heroen.

Durch diese Wolff-Meldung erfährt man, daß Angehörige reichsdeutscher Truppen in Wiener Lazaretten liegen, daß sie also im Verein mit österreichischen Truppen gekämpft haben müssen. Dieser gemeinsame Kampf hat vielleicht in der Gegend von Krieger stattgefunden. Die deutsche Heeresleitung hat über diese gemeinsame Aktion noch gar nichts mitgeteilt. Man kann daher über den Umfang des Anteils, den deutsche Truppen an den österreichischen Kämpfen gegen die Armeen Rußlands genommen haben, sowie über die Gegend, wo sie in Aktion traten, nur Vermutungen anstellen. Ebenso läßt sich nicht sagen, ob und inwieweit die deutschen Truppen von dem strategischen Rückzuge der österreichischen Heereskräfte berührt werden.

Wiener Zeitungen haben übrigens schon vor einigen Tagen von der Ankunft deutscher Verwundeter in Wien berichtet.

Keine Unterschätzung der Gegner.

Die gesamte deutsche Presse ohne Ausnahme und die meisten Deutschen hatten sich in den ersten Wochen des Krieges daran gewöhnt, mit unsäglicher Verachtung von den Gegnern Deutschlands und deren Armeen zu reden. Die ersten raschen Erfolge hatten zu einer weitverbreiteten Ueberhebung und zu einer Trübung des ruhigen Urteils geführt. Wir haben uns von Anfang an bemüht, den Ereignissen dieses Weltkrieges gegenüber die ruhige Objektivität des Urteils zu wahren, das sich auf das Wohlergehen des deutschen Volkes und auf die Forderungen unserer sozialistischen Ueberzeugung zu erstrecken hat. Jetzt muß selbst die offiziöse „Nord. Allg. Ztg.“ zu einer Korrektur der öffentlichen Meinung schreiten und vor einer Unterschätzung der feindlichen Armeen warnen, obgleich sie selbst zu dieser Unterschätzung erheblich beigetragen hat. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt jetzt u. a.:

„Nicht jeder Tag kann Siegesmeldungen bringen. Das überraschende, man darf wohl sagen stürmische Vordringen unserer Heeres in den ersten Wochen des Krieges hat uns verblüht und mag hier und da in Kreisen der Nichtkämpfer zu einer Unterschätzung namentlich des französischen Heeres Anlaß gegeben haben. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß eine solche Auffassung bei unserer Heeresleitung niemals bestanden hat. Die Kenner der Verhältnisse haben vorhergesehen, daß wir mit unseren Gegnern kein leichtes Spiel haben würden. Durch das große Aufgebot, das sie östlich von Paris ins Feld gestellt haben, und durch die tapfere Gegenwehr, die sie dort zeigen, wird diese Voraussicht gerechtfertigt. Unsere Truppen haben einen harten Kampf zu bestehen, sie sehten mit ganzer Hingabe ihrer körperlichen und sittlichen Kräfte und verdienen die höchste Bewunderung. Daß der Kampf längere Zeit erfordert, als sich wohl mancher im Lande gedacht hat, ist in den Verhältnissen einer mit so gewaltigen Truppenmassen auf beiden Seiten unternommenen Schlacht begründet. Ungeduld bei den Nichtkämpfern würde ein Unrecht gegen die Truppen und ihre Führer bedeuten. Ein Sieg über minderewertige Gegner könnte nicht die Genugtuung bringen wie die Niederwerfung von Feinden, die ernst zu nehmen sind.“

Natürlich ist diese Unterschätzung des Gegners nicht allein in Deutschland zu finden. Sie ist überall da anzutreffen, wo einseitig nationalstische Erziehung zu einem nationalen Egoismus geführt hat, der diesem Weltkriege in allen Lagern so furchtbare Formen gibt. Aber auch in anderen Ländern kommt man zur Einsicht und Besinnung. So schreibt die renommierte englische Wochenschrift der „Economist“: „Das Bestreben der ersten Kriegstage, die Deutschen als Feiglinge darzustellen, die genau wie die Buren nicht schießen können und sich vor der blanken Waffe fürchten — oder ihr Heer als untüchtig, ihre Artillerie als weit hinter der französischen zurückbleibend, und ihren Transport als so schlecht organisiert, daß die Soldaten an der Front Hunger leiden: das hat man nun ausgegeben. Denn die Logik der Ereignisse und die Berichte der zurückkehrenden Verwundeten beweisen, daß die Deutschen in Frankreich beängstigend rasch vorgeedrungen sind, daß sie mit teuflischem Mut gekämpft haben und immer wieder einem fast sicheren Tode entgegengestürzt sind. Wie wenig zeugt es für den gesunden Verstand unserer gesamten Presse, daß sie es für einen Vorteil für unsere Truppen gehalten hat, dem Feinde Mangel an Mut und an Organisation anzudichten. Man muß seinen Feind auch im Kriege achten.“

Die Behandlung von Verwundeten und Gefangenen ist es, was heutzutage gebildete Völker von barbarischen unterscheidet. In diesen Dingen muß Menschlichkeit herrschen. Der bloße Gedanke an Wiedervergeltung in dieser Form ist abscheulich.“

Dum-Dum-Beschuldigungen auf allen Seiten.

Wien, 17. September. (W. L. D.) (Meldung des Wiener K. K. Tel. Korresp.-Bureaus.) Die vom russischen Roten Kreuz aufgestellte Behauptung, daß die österreichisch-ungarischen Truppen für ihre Gewehre oder Maschinengewehre Explosivkugeln verwenden oder auch nur mit solchen ausgerüstet sind, ist tendenziöse Erfindung.

Austausch der Listen der Kriegsgefangenen.

Wien, 18. September. (W. Z. B.) Das „Fremdenblatt“ schreibt zur Verabredung über den Austausch von Listen der Kriegsgefangenen zwischen Deutschland und England, Frankreich und Rußland: Wie verlautet, ist eine ähnliche Verabredung durch Vermittelung der Vereinigten Staaten auch zwischen Oesterreich-Ungarn und den oben erwähnten Staaten erfolgt.

Vom östlichen Kriegsschauplatz. Russische Darstellung der Niederlage in Ostpreußen.

Der „Corriere de la Sera“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus Petrograd: Ein Communiqué des großen Generalstabes besagt: Da die energischen russischen Operationen in Galizien eine ganz besondere Aufmerksamkeit notwendig machten, verhinderten sie Rußland vorläufig, genügende Streitkräfte nach Ostpreußen zu senden, um die glücklich begonnene Invasion fortzusetzen.

In den ersten Septembertagen sollte sich daher das Heer General Rennenkamps auf der Linie Gerdauen-Labiau sammeln. Die Deutschen ergriffen jedoch am 7. September die allgemeine Offensive gegen dieses Heer und führten gleichzeitig eine Bewegung in Richtung auf die südliche Grenze Preußens aus. Infolge des unübersehbaren Gebiets der masurischen Seen konnte General Rennenkamp erst am 11. dieses Monats die numerische Überlegenheit der deutschen Truppen erkennen und ergriff auf dem ganzen Gebiet aktive Maßnahmen, um den feindlichen Vorstoß zu hindern. Die Kämpfe auf dieser Front dauern an.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Eine österreichische Feststellung.

Wien, 16. September. (W. Z. B.) Amtlich wird mitgeteilt: Serbien versucht durch Nachrichten über Niederlagen der österreichisch-ungarischen Truppen im Ausland Stimmung zu machen. Demgegenüber braucht nur auf die amtlichen Pressekommunikés verwiesen zu werden. Hiernach haben wir die Drina überschritten und alle Versuche des Feindes, in Syrien und im Banat Fuß zu fassen, vollständig und erfolgreich abgewiesen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
gez. von Hoefler, Generalmajor.

Der Seekrieg.

Die Opfer der Seeminen.

Der „Skth. Btg.“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Eine zuverlässige Zusammenstellung der durch Minen verunglückten Handelsschiffe in der Nord- und Ostsee ergibt, daß 13 Dampfer und Segler seit dem Kriegsausbruch auf Minen aufgelaufen sind. Unter den gesunkenen Schiffen sind nicht weniger als fünf englische Fischdampfer. Zwei Verluste fallen auf die finnische Küste. Der Dampfer „Tysla“ ist unter Führung eines staatlichen Lotsen auf eine Mine gekommen und der dänische Dampfer „Vretland“ kam fast unbeschädigt davon. Sieht man von den englischen Fischdampfern ab, die beim Auftreten von Minen in der Nordsee eine noch nicht aufgeklärte Rolle gespielt haben, so sind tatsächlich acht Handelsschiffe den Minen zum Opfer gefallen.

Der „Daily Chronicle“ vom 18. September meldet:

Der englische Dampfer „Imperialist“ von Hull ist auf der Höhe von South Shields auf eine Mine geraten und gesunken. Dem Dampfer „Rhodesia“ gelang es mehrere Stunden später, einen Teil der Besatzung zu retten. Am 8. September, 11 Uhr mittags, barst der Grimsbydampfer „Medvig“, der ebenfalls auf eine Mine geraten war, durch eine Explosion mitten auseinander. Bei Grimsby wurden Rettungsringe mit der Aufschrift „Steamer Epton-Grimsby“ aufgefischt. Sie gehören zu dem seit zehn Tagen überfalligen „Ehton“, der also aller Wahrscheinlichkeit nach auch ein Opfer der Seeminen geworden ist.

Ein englisches Schulschiff gesunken.

London, 18. September. (W. Z. B.) Die Neutralität gibt bekannt, daß das Schulschiff „Frigard II“ im Kanal bei einem Sturm gesunken ist. Von der Besatzung von 64 Mann sind 21 ertrunken.

Das Schulschiff „Frigard II“ ist ein als Hull für Maschinenpersonal benutztes altes Panzerschiff und hieß früher „Invincible“.

Kriegsbekanntmachungen.

Die Verwendung von Beutepferden.

Berlin, 18. September. (W. Z. B.) Amtlich. Dem Kriegsministerium gehen von den verschiedensten Seiten zahlreiche Anträge auf Ueberlassung von Beutepferden zu, die nach Lage der Verhältnisse nicht berücksichtigt werden können. Soweit die Beutepferde für Zwecke der Truppe nicht brauchbar oder entbehrlich sind, sollen sie der Landwirtschaft zugeführt und zu dem Zweck den Landwirtschaftskammern überwiesen werden, die den Verkauf an die Landwirte zu regeln haben. Sollten auf diese Weise nicht alle für Arbeitszwecke noch brauchbaren Pferde abgesetzt werden, so wird der Rest öffentlich versteigert, wie dies auch mit den unbrauchbaren Pferden geschieht. Anträge an das Kriegsministerium wegen Ueberlassung von Pferden oder Gewährung eines Verkaufsprivilegs haben deshalb keinen Zweck. Die Landwirte müssen sich wegen der Pferde an die Landwirtschaftskammern wenden. Die Versteigerungen der nicht für die Landwirtschaft verwendeten Pferde werden durch die Zeitungen bekanntgegeben.

General v. Hindenburg Ehrenbürger.

Königsberg i. Pr., 18. September. (W. Z. B.) Die städtischen Behörden haben einstimmig beschlossen, dem Generalobersten v. Hindenburg das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Hochverratsprozeß gegen Blumenthal.

Strasbourg i. G., 18. September. (W. Z. B.) Wie das Kriegsgericht Strasbourg bekanntlich, ist gegen den Reichsanwalt Justizrat Blumenthal Untersuchung wegen Hochverrats und Landesverrats eingeleitet und sein Vermögen mit Beschlagnahme belegt worden.

Die Antwort Sir Edward Greys.

Folgende Erklärung ist, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zu melden in der Lage ist, im Auftrage des Ministers des Äußeren in London auf die Erklärung des deutschen Reichskanzlers der dänischen Presse bekanntgegeben worden:

„Glaubt jemand“ so fragt der deutsche Reichskanzler, „daß England interdentari hätte, um die Freiheit Belgiens gegen Frankreich zu beschützen?“ Die Antwort ist, daß England dies unbedingt getan haben würde. Sir Edward Grey hat, wie im Weizsäcker-Gespräch ist, die französische Regierung gefragt, ob sie bereit wäre, die Neutralität Belgiens zu respektieren, solange keine andere Macht sie verletzen würde. Die französische Regierung hat geantwortet, daß sie dazu entschlossen sei. Diese Versicherung wurde verschiedene Male gegeben und war Gegenstand von Beratungen zwischen dem Präsidenten Poincaré und dem belgischen König. Der deutsche Reichskanzler vergißt übrigens, daß England 1870 in Bezug auf die Neutralität Belgiens denselben Standpunkt eingenommen hat wie jetzt. 1870 hat Bismarck auf Anfrage der englischen Regierung die Vertragsverpflichtung gegenüber Belgien anerkannt und respektiert. Es ist nun Reichsmann Holweg, der 1914 sich weigerte, uns entgegenzukommen, so wie Bismarck dies 1870 getan hat.

Den Reichskanzler befremdet, daß Bismarck in seiner Rede nicht alle neutralen Staaten erwähnte. Soweit die englische Neutralitätsverletzung der skandinavischen Staaten in Betracht kommt, wurde von ihm vorausgesetzt, daß der Grund dafür zu suchen sei in irgendeinem unheilvollen Plan Englands. Es ist einem öffentlichen Medner unmöglich, in jeder Rede alle erwähnenswerten Punkte zu beachten. Was den Hinweis des Reichskanzlers auf Dänemark betrifft, so werden die Dänen wohl nicht vergessen haben, welche Rolle Preußen und England gespielt haben, als das Königreich Dänemark 1864 einen Teil seines Landes abtreten mußte, während die Unverletzlichkeit Schwedens und Norwegens 1858 durch den Vertrag von Stockholm durch England und Frankreich garantiert wurde.

Der Reichskanzler erwähnt ferner das Ausreten Englands gegen die Burenrepublik und meint, daß wir damals der Sache der Freiheit untreu gewesen seien. Ohne uns einzulassen auf die Einzelheiten, die jetzt glücklicherweise der Vergangenheit angehören, wollen wir daran erinnern, was General Botha vor einigen Tagen im südafrikanischen Parlament gesagt hat, als er erklärte, er sei davon überzeugt, daß England eine gerechte Sache vertritt, und als er den festen Entschluß der südafrikanischen Union kundgab, uns in jeder Hinsicht zu unterstützen. Wir haben den Südafrikanern ein Staatswesen geschenkt, unter dem sich ein großes Volk Einheit schaffen konnte und die Südafrikaner seitdem als freies Volk und Schwesterstaat betrachtet. Es mögen viele sein, die damals gegen die englische Forderung, Botha erklärte aber, er könne dafür einstehen, daß sie zehnmal lieber unter der englischen als unter der deutschen Flagge leben wollen.

Ebenso unglücklich ist der Reichskanzler in seiner Auslassung über das britische Kolonialreich. Soweit ging die englische Politik „in Irupellos Selbstsucht“, daß sie zum Ergebnis hatte: eine großartige, einmütige Rundgebung von Anhänglichkeit und von Begriff des gemeinsamen Interesses seitens der britischen Länder und Besitzungen, worunter nicht eine Kolonie ist, die England in diesem Kriege nicht mit Soldaten oder anderer Hilfe unterstützt.

Der Reichskanzler entschuldigt die Verletzung der belgischen Neutralität mit militärischen Notwendigkeiten. Zugleich rechnet er sich zur Tugend an, die Neutralität der Niederlande und der Schweiz geachtet zu haben und sagt, daß es ihm niemals einfallen würde, an die Neutralität der skandinavischen Länder zu denken. Einem solchen Tugend, die nur geübt wird aus Rücksicht der eigenen Lebensinteressen, kann man sich in einer solchen Weise nicht rühmen. Auf die Schlussklärung des Reichskanzlers, die Sache der europäischen Gerechtigkeit sei dem deutschen Schwerte anvertraut, ist die Behandlung Belgiens eine genügende Antwort.

Doch es sich in diesem Kriege nicht um die Wahrung des Völkerrechts, sondern um den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt handelt, bleibt indessen klar.

Die Lage in Löwen.

Ein dienlich nach Löwen entsandter Beamter des kaiserlichen Generalgouvernements in Brüssel hat über die Verhältnisse in Löwen folgenden Bericht erstattet: Brüssel, den 7. September 1914.

Nachdem der Stappenkommendant in Löwen gebeten hatte, mit einem Beamten der Zivilverwaltung des kaiserlichen Generalgouvernements über die dort im Interesse des Stappendienstes notwendig gewordenen Maßregeln an Ort und Stelle Rücksprache zu nehmen, habe ich mich gestern nach Löwen begeben.

Ich stelle zunächst fest, daß nur ein Fünftel bis ein Sechstel der Stadt in Trümmern liegt; betroffen ist hauptsächlich das Viertel am Bahnhof. Abwärtlich in Brand gesetzt worden sind lediglich diejenigen Häuser, aus denen auf die Truppen geschossen worden ist. Die meisten öffentlichen Gebäude sind erhalten geblieben, vor allem das herrliche Rathaus, das, abgesehen von einigen gesprungenen Fensterscheiben, gänzlich unversehrt ist. Einige wenige sind durch Flugfeuer zerstört, darunter die Universität mit der Bibliothek, auch das Stadttheater; die Peterskirche ist nur so beschädigt, daß ihre Wiederherstellung leicht möglich ist, auch konnten alle wertvolleren Gegenstände, besonders die Altarbilder, durch unsere Soldaten aus der Kirche gerettet werden. Die Erhaltung der Kunstschätze ist vor allem auf das energische und umsichtige Eingreifen des Stappenkommandeurs, Majors von Monteußel, bisher Bezirksoffizier in Alenburg, und seiner beiden Adjutanten zurückzuführen, die, tatkräftig unterstützt von Oberst Bod von den Eisenbahntrouppen, alles getan haben, um eine Ausdehnung des Brandes zu verhüten; insbesondere hat sich Major von Monteußel für die Rettung des Rathauses und für die Erhaltung der Benediktinerabtei Roni César eingesetzt. Schon vom 28. August ab (der Brand fand am 28. abends statt) hat wieder einige Ordnung geschaffen werden können. Die Leichen der erschossenen Einwohner — insgesamt 100 bis 150 — sind beerdigt, die Aufräumungsarbeiten energisch in Angriff genommen worden. Der Universitätsprofessor Kerling hat sich den militärischen Autoritäten zur Verfügung gestellt und ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bürgermeisters betraut worden, die er in durchaus zufriedenstellender Weise vertritt. Gleichzeitig sind einige Mitglieder des Gerichts und der erste Beamte der Staatsanwaltschaft zurückgeschickt, so daß die Rechtspflege wieder aufgenommen werden konnte; die Gerichte haben durch ihr energisches Vorgehen gegen das Gefindel die Willkürherrschaft wirksam unterdrückt. Der größte Teil der Bevölkerung hat sich nach Brüssel und nach Mecheln geflüchtet. Da indes der Ortskommandant den häufig anwesenden Elementen, besonders den Gewerbetreibenden, die Nothilfe gestattet hat, macht sich bereits die Wiederzunahme der Bevölkerung bemerkbar. Eine Reihe von Verkaufsläden sind wieder geöffnet worden; auch hat sich bereits ein Vertreter der Kräfte der Filiale der Deutschen Bank wieder

in Löwen niedergelassen. Der Stappenkommendant hat ferner veranlaßt, daß die Kleinbahn Löwen-Brüssel den Verkehr in gewissem Umfang wieder aufnimmt, so daß jetzt täglich ein Güter- und ein Personenzug in beiden Richtungen verkehrt. Hierdurch ist einem der Hauptvertriebswege Löwens, der Bierbrauerei, die allgem. wieder im Gange ist, die Möglichkeit der Verfrachtung wieder gegeben worden. Ferner können durch die Kleinbahn die für Löwen notwendigen Lebensmittel herangeschafft werden; dies ist besonders für die Fleischversorgung von Wichtigkeit, da zwar zurzeit noch genügend Fleisch im Schlachthof vorhanden ist, von Ende der laufenden Woche ab jedoch Mangel eintreten dürfte, da alles Vieh weggetrieben worden ist. Die öffentlichen Dienste (Wasserleitung, Elektrizität, Gas) sind nach Möglichkeit wieder in Gang gesetzt worden. Die Wasserleitung, die während der ersten Tage nach dem Brand infolge des großen Wasserverlustes keinen Druck mehr hatte, funktioniert wieder; nur am Bahnhof muß man sich einweisen noch mit Brunnen behelfen. Das Gaswerk ist noch außer Betrieb, da es an Kohlen fehlt; auch die Versorgung mit elektrischem Licht hat noch nicht wieder aufgenommen werden können, da die Zentrale in Mecheln zurzeit nach Löwen keinen Strom abgibt. Die Justizangehörigen werden von der Stadtverwaltung versorgt. Reichsangehörige befinden sich nicht mehr unter ihnen; diejenigen, welche nach zuverlässigen Angaben des Anstaltsdirektors entlassungsfähig waren (7 Mann), sind in Freiheit gesetzt worden, die übrigen zehn, welche noch Strafzeit zu verbüßen haben, sind nach Mecheln übergeführt worden.

Die Organisierung des Volkskrieges in Frankreich.

Ein französisches Blatt, der „L'Esclair de Nice“ (Nizza), enthält folgendes Telegramm aus Bordeaux vom 9. September: Mit Erlaubnis der Regierung soll im ganzen Lande eine Reihe öffentlicher Vorträge veranstaltet werden, um der Uebersicht des Krieges, die Gerechtigkeit unserer Sache, die militärische und diplomatische Lage und die Gründe darzutun, die unser Vertrauen auf den schließlichen Erfolg mehr als je stärken. Ein Ausschuss, der sich aus den Herren Charles Benoist, Mitglied des Instituts, Vorsitzender der Republikanischen Föderation (also rechtsstehender Republikaner), dem Abgeordneten des Gard Compère-Morel, Generalsekretär der französischen Sozialdemokratie, Laferte, Abgeordneten des Gersault, und Joubourg, Sekretär der Confédération générale du travail, zusammensetzt und das mit dieser Arbeit in aller Form betraut ist, soll diese Vorträge organisieren.

Alle Juristen sind an Herrn Compère-Morel, Sekretär des Organisationskomitees im Ministerium des Herrn Jules Guesde, Minister ohne Portefeuille, zu richten.

Auch diese Nachricht zeigt, wie hartnäckig und erbittert der Kampf in Frankreich geführt wird.

Australien und das englisch-japanische Bündnis.

Die Hilfe Japans im europäischen Kriege findet in England durchaus nicht den ungetheilten Beifall bei der Bevölkerung. Man ahnt wohl, daß man sich mit Japan einen Rivalen großzieht, der dem britischen Imperium im fernen Osten noch einmal recht gefährlich werden kann. Australien und Neuseeland haben dem Mutterlande Hilfe zugesagt. Diese Kolonien haben sich aber durch strenge Einwanderungsgesetze gegen die „gelbe Gefahr“ zu schützen versucht. Angeblich haben die Japaner ihre Hilfeleistung in Indien gegen eine etwa dort ausbrechende Erhebung davon abhängig gemacht, daß ihnen der Zutritt in die englischen Besitzungen im Stillen Ozean gestattet werde. Das wird in den australischen Dominien starken Widerspruch hervorrufen.

In dem Organ der englischen Arbeiterkassen, „Daily Citizen“, nimmt Herr W. Pitt, ein australischer Bürger, zu dieser Frage Stellung. Er betont, daß die Jugend von Australien und Neuseeland militärisch erzogen sei, aber zu dem ausgesprochenen Zwecke, den kommenden Krieg gegen Japan vorzubereiten, die Invasion der gelben Masse von den Küsten der Kolonien abzuwehren. Die englische Regierung habe den Japanern neben Kiautschou die deutschen Besitzungen Neu-Guinea und Samoa versprochen. Damit werde der Einfluß Japans im fernen Osten in hohem Grade gesteigert und es frage sich, ob die Vereinigten Staaten dies ruhig hinnehmen würden. Sicherlich werde es zu neuen Komplikationen kommen. Es sei zum Lachen — wenn es nicht so traurig wäre —, daß sich Japan als Friedens-erhalter im fernen Osten gebärde. Eine Heuchelei, wenn Japan so eifrig den Schutz Chinas gegenüber Deutschland betone. Die Vereinstwilligkeit, seinem englischen Verbündeten beizustehen, wäre an sich sehr reizend, wenn sie nicht so gefährlich wäre.

Pitt schließt seinen Artikel: „In der Tat, das Ultimatum Japans an Deutschland ist eine Bedrohung des Friedens im fernen Osten. Es ist ein Schritt, der für Australien und Amerika von den schlimmsten Konsequenzen sein kann. Wie Deutschland, so hat auch Japan nie ein Gehl daraus gemacht, daß es einen „Blitz an der Sonne“ fordert. Nun, jetzt hat es dazu die beste Gelegenheit. Japans Vorgehen bedeutet eine Kriegsdrohung an die ganze Welt.“

Der „Avanti“ gegen die Einmischung Italiens.

Der sozialdemokratische „Avanti“ veröffentlicht einen Artikel, in dem er sich gegen die Bestrebungen richtet, die man in Italien betreibt, um die öffentliche Meinung für einen Krieg gegen Oesterreich zu gewinnen. Das Blatt betont, daß das italienische Proletariat sich nicht in diese Falle locken lassen werde. Menschen, die nicht wissen und auch nicht öffentlich sagen, was sie wollen, haben nicht das Recht, Opfer an Geld und Blut von ihrem Volk zu fordern. Das italienische Volk wünscht nicht, sich in eine abenteuerliche Politik zu begeben; es will keinen Krieg. Jeder Krieg wäre bei dem italienischen Volk sehr unpopulär.

Russisches Gewaltregiment in Finnland.

Kopenhagen, 18. Sept. (W. Z. B.) Der „Berlingske Tidende“ wird aus Finnland geschrieben: Man hoffte und sprach viel von Erleichterungen in Finnlands politischer Stellung. Aber es erwies sich als leere Annahme. Generalgouverneur Seyn fährt fort, mit neuen Strafen gegen Zeitungen und Anklagen wegen Majestätsbeleidigungen und Verletzung des Gleichstellungsgesetzes. Ueberall sieht man ein Militär, das die Verhältnisse nicht kennt und die vorgefachte Meinung hat, daß Finnland ein revolutionäres Land sei. Der Generalgouverneur nahm neuerdings die Anklage gegen den Sportverein „Boima“ wieder auf, der von russischer Seite beschuldigt wird, Waffen und revolutionäre Proklamationen eingeschmuggelt zu haben. — Der langjährige Prozeß,

der im Jahre 1913 mit dem Freispruch der Angeklagten endete, soll jetzt unter der Militärdiktatur zum Hochverratsprozess gestempelt werden. Die Lage ist ernst, da böser Wille alles mißdeuten kann.

Die Umwerbung Bulgariens.

Sofia, 17. September. (B. Z. V.) Die hiesige russische Gesandtschaft hatte eine Erklärung veröffentlicht, bezugnehmend auf die russische Gesandtschaft in Sofia, die mündlich und schriftlich der bulgarischen Regierung Vorschläge gemacht habe, mit ihm in Verhandlungen einzutreten, die einerseits die künftigen Beziehungen Bulgariens zu Rußland und andererseits die Erfüllung der bulgarischen nationalen Ideale bei Wahrung der Neutralität Bulgariens bezweckten.

Hierzu bemerkt das Blatt „Kambana“, es sei offenbar ein Hohn, wenn Rußland behauptet, das Wohl Bulgariens bilde seine unaußföhrliche Sorge. Mehrere Gouvernements, die zehnmal größer als Bulgarien seien, würden in Rußland in schwärzester Knechtschaft und im schlimmsten Elend gehalten, während man für Bulgarien zärtliche Fürsorge heuchle. Die russische Erklärung verspreche ferner die aktive Hilfe Rußlands, falls Bulgarien angegriffen würde. Dies sei nur ein Vorwand für die russischen Truppen, bulgarisches Gebiet dauernd zu besetzen. Der Hintergedanke der Russen sei, daß Bulgarien für die russischen Truppen die Avantgarde gegen die Türkei bilde und ihr die Dardanellen und Thrakien erobern helfe. Die russische Erklärung sei ein neuerlicher Beweis dafür, daß jeder gute bulgarische Patriot nur der Lösung folgen müsse: Los von Rußland.

Die deutsche Gesandtschaft in Rumänien.

Bukarest, 18. September. (B. Z. V.) An Stelle des nach Berlin abgereisten deutschen Gesandten Freiherrn v. Waldhausen wird während dessen Abwesenheit der Gesandte Freiherr von dem Busche, der heute hier eingetroffen ist, die Geschäfte der Gesandtschaft leiten.

Die Haltung der Vereinigten Staaten.

Der Korrespondent der „Times“ in Washington weist darauf hin, daß man, wenn auch die Äußerung der Sympathie in Amerika für England lebhafter ist als für Deutschland, doch keineswegs glauben dürfe, die amerikanische Sympathie für die Verbündeten würde sich je in Taten umsetzen. Die folgende Betrachtung der „Washington Post“, meint er, gibt die offizielle Haltung der Vereinigten Staaten außerordentlich treffend wieder:

„Die Vereinigten Staaten sind gut Freund mit allen kämpfenden Nationen. Sie sind stolz auf ihre Freundschaft mit allen. Denn in dieser liegt die gute Gelegenheit, der Menschheit einen wahren Dienst zu erweisen, indem man das Ende des Krieges beschleunigt. Das könnte die Union nie erreichen, wenn sie Partei ergreife. Wer dem Präsidenten raten würde, seinen Standpunkt auf unparteilichkeit aufzugeben, wäre ein Feind und nicht ein Freund des Friedens. Unsere Pflicht ist vollkommene Neutralität. Und das ist eine Pflicht nicht nur gegen uns selbst und gegen die Kriegführenden, sondern gegen die ganze Menschheit.“

Ein französisches Lob der deutschen Aerzte.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bringt einen Bericht von französischen Sanitätsbeamten, die bei der Einnahme von Namur in der Stadt geblieben waren, um dort für die Verwundeten zu sorgen und die damit mit den deutschen Ärzten gemeinsam gearbeitet haben. Sie erzählten, daß in Belgien sehr gut für die Verpflegung gesorgt wäre, es sei überall viel Raum für sie vorgesehen, in Namur seien noch viele Betten unbesetzt. „Das Zusammenarbeiten mit den deutschen Kollegen war vorzüglich. Sie waren außerordentlich forrest und höflich gegen uns. Das Lazarett stand unter Leitung eines deutschen Arztes. Die deutschen Verwundeten und die der Verbündeten wurden durcheinander von uns und unseren deutschen Kollegen gepflegt. Die Tätigkeit der beiden Ambulanzen ist bei beiden Parteien ganz vortrefflich. Soweit wir es übersehen konnten, sind genug Kräfte vorhanden, um die Verwundeten aus den Schlachtfeldern zu holen. Dennoch geschieht es zuweilen, daß sie tagelang hilflos und ohne Nahrung auf den Schlachtfeldern liegen bleiben, da sie — unter Bäumen, zwischen Sträuchern usw. liegend — oft sehr schwer zu finden sind. Uebrigens wurden von beiden Seiten alle Kräfte angespannt, um diesem Uebel so viel wie möglich zu begegnen. Ein Mittel ist uns die Spannkraft vieler Verwundeter, die häufig nach unglaublichen Entbehrungen noch hergestellt werden konnten.“

Noch eine Kriegs-Ente.

Das Stockholmer Blatt „Aftensposten“ erzählt, wie die „Frankf. Zeitung“ mitteilt, daß der bekannte französische Meger Bedrines wegen Vaterlandsverrats erschossen worden sei. Das schwedische Blatt gibt aus dem angeblichen Privatbrief eines französischen Fliegers folgende Stelle wieder:

„Es fiel auf, daß Bedrines schon vor Ankunft des Munitionswagens Bomben im Besitz hatte, die sich als Röhren aus Hartgummi herausstellten und Aufzeichnungen über die französischen Stellungen enthielten.“

Auch diese Geschichte wird, wie so manches andere, das in diesen Zeiten durch die Presse des Aus- und Inlandes läuft, auf Klatsch und plumper Spekulation auf die Sensationsgier beruhen. Erzählte man sich doch auch bei uns in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch, daß der deutsche „Altmeister“ der Flugkunst, Helmut Dittz, wegen Landesverrats an Frankreich standrechtlich erschossen worden sei. Dittz selbst sah sich genötigt, in der Presse ein Dementi dieses abhörten Gerüchtes loszulassen, eines Gerüchtes, das offenbar auf nichts weiter zurückzuführen war, als auf den Umstand, daß Dittz sich einige Wochen vor Kriegsausbruch auf einem französischen Apparat an dem Wettflug London-Paris beteiligt hatte. Inzwischen ist Dittz wegen seiner Verdienste in der deutschen Armee mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und — nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ — zum Leutnant befördert worden.

Die Legende, die sich um die Person Bedrines gesponnen hat, der sich nicht nur durch brillante Flugleistungen, sondern auch durch chauvinistisches Raushelmentum ausgezeichnet hat, wird sicherlich ebenso gerüchtes, wie das Kindermärchen von der Spionage Dittz. Es ist aber bezeichnend für den Grad der Leichtgläubigkeit, den man dem lieben Publikum in diesen aufgeregten Zeiten zutraut.

Krieg und Landwirtschaft.

Das Blatt der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“, schreibt nach einigen Ausfällen gegen den „Vorwärts“, die sich auf unsere neulichen Ausführungen über Krieg und Landwirtschaft bezögen, ohne sie irgendwie zu entkräften:

Sowohl um zu verhindern, daß den Landwirten eine Preisgestaltung zur Last gelegt wird, die den Verhältnissen nicht entspricht, als auch um eine spekulative unberechtigte Preisbildung im Interesse der Allgemeinheit zu verhindern, haben folgende nach der Robilmachung schon führende Vertreter der Landwirt-

schaft bei den zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß es im Interesse aller gelegen sei, in der heutigen Zeit die Gestaltung der Preise nicht der Willkür zu überlassen, sondern daß von vornherein Höchstpreise festgelegt werden müßten, die die Entwicklung des Rohhandelspreises verhindern. Wir bedauern lebhaft, daß dies bisher nicht geschehen ist. Wir halten es aber um so mehr an der Zeit, daß die Reichsleitung diese Maßnahme nunmehr in Aussicht nimmt.

Durch eine solche Bestimmung würde die richtige, organisierte Verteilung der Vorräte auf das ganze Jahr ermöglicht sein; denn unter dieser Voraussetzung würde es möglich, aber nach unserer Meinung auch geboten sein, daß die Organisationen, welche den Konsum zu vermitteln haben, sich nach vorsichtiger und sorgfältiger Feststellung ihres Bedarfs auf lange Zeit hin, vielleucht für das ganze Erntejahr, einzudecken suchen. Da, wo Organisationen nicht vorhanden sind, hätten die Kommunen einzugreifen, und am besten wäre es, wenn eine Zentralkasse sich bildete, die die Verteilung des Bedarfs in richtiger Weise zu organisieren unternähme. Rückhalt und Hilfe müßte ihr von den Behörden geboten werden.

Eine solche Einrichtung wäre aber nicht nur für das Getreide, sondern auch für die andern hauptsächlich landwirtschaftlichen Produkte geboten, damit auch für diese die richtige Verteilung und Verwertung gesichert wird.

Es wird keiner etwas gegen die Festsetzung von Höchstpreisen haben; die Sozialdemokratie im besonderen hat die amtliche Festsetzung derartiger nicht überschreitbarer Preise immer vertreten. Nur kommt es natürlich darauf an, wie diese Höchstpreise festgesetzt werden. Es liegt auf der Hand, daß dabei nicht einseitig agrarische Interessen vorwalten dürfen. Es würde angebracht sein, wenn die Öffentlichkeit bald etwas Näheres über die von der Reichsleitung in Aussicht genommene Aktion erföhre.

Weshalb es nach Festsetzung der gewünschten Höchstpreise „geboten“ sein soll, daß die für den Konsum sorgenden Organisationen gleich ihren Bedarf für das ganze Erntejahr im Voraus decken, ist nicht recht einzusehen. Von Interesse ist aber jedenfalls, daß auch das Blatt der Agrarier die Kommunen als Organisationen der Lebensmittelversorgung anruft. Die Sozialdemokratie hat die kommunale Betätigung auf diesem Gebiete ebenfalls stets gefordert.

Politische Uebersicht.

Neue Oberpräsidenten.

Das Wolffsche Telegraphenbureau hat „nächstamtlich“ der Presse mitteilen lassen:

Wie verlautet, ist das bereits seit mehreren Monaten vorliegende, wegen des Ausbruchs des Krieges aber einstweilen zurückgestellte Abschiedsgesuch des Oberpräsidenten v. Wenzel in Hannover lehtin genehmigt worden. Ebenso soll dem Abschiedsgesuch des Oberpräsidenten v. Bülow in Schleswig genehmigt worden sein. Als Nachfolger für den Oberpräsidenten v. Bülow wird der frühere Minister des Innern v. Moltke genannt, der bereits seit einigen Wochen die Stellvertretung des wegen Krankheit beurlaubten Oberpräsidenten führt. Oberpräsident in Hannover soll dem Vernehmen nach Oberpräsident v. Windheim in Königsberg werden, während an dessen Stelle der in weiteren Kreisen bekannte Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen v. Batsch treten soll.

Daß Herr v. Moltke der Nachfolger des Herrn v. Bülow in der Nordmark werden würde, war seit Wochen bekannt; man erwartet von ihm, daß er eine dänischfreundlichere Politik treiben wird als sein Vorgänger; den Anfang hat er bereits als Stellvertreter des beurlaubten Herrn v. Bülow gemacht; manche berichtigte Klagen der schleswigischen Dänen sind aber auch nach seinem Amtsantritt noch laut geblieben.

Einigenmaßen verwundernd muß, daß als Nachfolger des Herrn v. Wenzel als Oberpräsident von Hannover Herr v. Windheim ausersehen ist, so daß durch seine Berufung ein Wechsel in Ostpreußen notwendig wird. Dieser Wechsel in Ostpreußen ist um so auffälliger, als er inmitten des Krieges erfolgt, in einer Zeit, in der man eine gewisse Stetigkeit in der Amtsführung als Wunsch der leitenden Stellen vermuten sollte.

Von der Arbeitslosigkeit.

Wir hatten kürzlich einige Zahlen über die Arbeitslosigkeit in Nürnberg mitgeteilt; die bayerische Regierung hat inzwischen ermittelt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Nürnberg-Fürth bereits über 17000 beträgt. Eine Zählung des Gewerkschaftsartells Dresden ermittelte dort für die Woche vom 31. August bis 5. September 17989 Arbeitslose; in Wirklichkeit ist die Zahl der Dresdener Arbeitslosen aber natürlich noch weit größer, da nicht alle Arbeiter erfasst wurden.

Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ hat die bayerische Regierung in einer an die Handels- und Handwerkskammern hinausgegebenen Entschloßung eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit empfohlen. Die Regierung betont mit Nachdruck, daß es gelingen müsse, die armen Schichten der Bevölkerung über die Kriegszeit hinweg zu bringen, daß sie nicht bitteren Mangel leiden. Der Staat als Arbeitgeber habe sich entschlossen, in weitestem Umfange die öffentliche Bautätigkeit wieder aufzunehmen. Auch die Weiterführung großer Werke, wie der Mainkanalisation, würde viele Hände beschäftigen. In gleichem Sinne würde der Staat auf die Gemeinden und Distrikte sowie auf die Verwaltung der Kreisgemeinden wirken. Der Staat habe durch Anregungen auf dem Gebiete der Kreditorganisationen, durch Bemühungen um die Sicherung des Rohstoffbezugs und um die Eröffnung von Ausfuhrwegen die Bedingungen für eine Belebung der gewerblichen Arbeit zu verbessern gesucht. Die Handels- und die Handwerkskammern könnten sich ein Verdienst vor allem dadurch erwerben, daß sie bei den Gewerbetreibenden die Ueberzeugung von der unermesslichen Wichtigkeit einer möglichen Einschränkung der Arbeitslosigkeit zum Gemeingut machen, daß sie überall auf die Zurückstellung der eigenen Interessen hinter die dringenden Forderungen der Zeit hinwirken und sie zur Geltung bringen. Es werden dann zum Schluß im einzelnen Vorschläge gemacht, wie die Arbeitslosigkeit vermindert werden kann; kürzere Arbeitszeit, keine Einstellung unentgeltlicher Arbeitskräfte, Verteilung der Aufträge usw.

Die Kriegsschäden in Ostpreußen.

Der Landrat des Kreises Rößel (Regierungsbezirk Allenstein) veröffentlicht folgende Mitteilung: „In der Stadt Bischofsburg sind mehrere Häuser am Markt abgedrückt, die meisten Wohnungen mehr oder weniger

angeeplündert worden. Post- und Eisenbahnverbindung besteht. Landratsamt und Kreisparafasse arbeiten in dem wenig beschädigten Kreisbureau, die Stadtkasse in Rathaus. Von Kreditverein steht nur noch die Stadtkasse.

Bischofsburg hat sehr gelitten. (Bahnhof, Schneidemühle und drei Gehöfte abgedrückt.) In Stadt und Umgebung sind viele Personen von den Russen erschossen worden.

Rößel hat wieder Post- und Eisenbahnverbindung. Seeburg ist von den Russen kaum berührt worden. Brände sind vorgekommen in Vergenthal, Sauerbaum, Zeistammer Vorwerk, Böckendorf usw.

Nach den bisherigen Berichten sind in etwa 20 Dörfern über 100 Personen durch die Russen getötet worden.“

Fürsorge für eingezogene Staatsbeamte und Arbeiter.

Das Staatsministerium des Fürstentums Lippe hat die Vorfürden angewiesen, für alle festangestellte Staatsbeamten, die eingezogen sind, das volle Gehalt weiter zu zahlen. Für die Staatsarbeiter sollen folgende Bestimmungen gelten:

Den Angehörigen werden nach Maßgabe des Bedürfnisses Beihilfen gewährt, und zwar bis höchstens 25 Proz. des Lohnes der Eingezogenen für die zurückbleibende Ehefrau, sowie bis höchstens 6 Proz. des Lohnes für jedes eheleiche und dem eheleichen gleichstehende Kind unter 14 Jahren, zusammen aber nur bis höchstens 50 Proz. des Lohnes. Vorausgesetzt wird dabei, daß neben auch die reichsgesetzlichen Unterhaltungen gezahlt werden.

Es ist hier — wie bei ähnlichen Anordnungen der Kriegsmunterfügungen in Staaten und Gemeinden — nicht recht einzusehen, weshalb die Arbeiter so viel schlechter behandelt werden, als die Beamten. Rechtlich mögen diese gewiß andere Ansprüche haben; aber es muß bei den Arbeitern doch unangenehm empfunden werden, daß sie auch in einer Zeit wie dieser den Beamten soweit hinten gestellt werden.

Ein russischer Kommandeur vor einem deutschen Kriegsgericht.

Bei dem gefangen genommenen General Martos, einem Kommandeur der russischen Armee, die in Ostpreußen einfiel, wurden bekanntlich Dokumente gefunden, die darauf hinweisen, daß Martos befohlen hatte, alle Ortschaften im Bereich der russischen Truppen zu verbrennen und alle männlichen Einwohner zu erschließen, auch wenn sie sich nicht an Kampfe beteiligten oder sich etwa durch Verweigerung von Nahrungsmitteln widerspöchlich gezeigt hätten. Jetzt kommt aus Halle die Meldung, daß der General Martos gefesselt nach Halle gebracht wurde, wo er vor ein deutsches Kriegsgericht gestellt werden soll.

Eine Kriegsteuer.

Wie wir mitteilen, hatten bald nach dem Ausbruch des Krieges 28 Mitglieder der Preussischen Kammer durch eine Eingabe an das Staatsministerium die Einberufung des Landtags gefordert. Die Regierung hat eine solche Einberufung aber nicht für erforderlich erachtet. Ueber die Absichten, die dem Wunsche einer Einberufung von konservativer Seite zugrunde lagen, schreibt jetzt das Organ der konservativen Konservativen, das „Vaterland“:

„Von konservativer Seite würde man, soweit wir die Anschauungen in den beteiligten Kreisen kennen, den Antrag gestellt haben, die erforderlichen Staatsmittel durch eine besondere Steuer aufzubringen. Wir wissen und erkennen es dankbar an, daß unendlich viele bei der freiwilligen Niederbetätigung sich beteiligen und oft über ihre eigenen Kräfte spenden. Wir wissen aber auch, daß es eine große Anzahl gibt, die recht wohl an der freiwilligen Niederbetätigung in umfangreichem Maße sich beteiligen könnten, aber dies bisher entweder gar nicht oder nur in beschränkter Weise getan haben. Eine Steuer würde wenigstens in etwas auch diese Personen für die großen Ausgaben, die in diesen Tagen und Monaten erforderlich sind, heranziehen.“

Wir möchten hierbei auch das Gefühl nicht unterdrücken, daß eine solche Steuer ergebnislos auf weitestgehender Wirkung wäre. Es will uns manchmal bedünken, als trete der Ernst der gegenwärtigen Zeit an viele Kreise der Bevölkerung nicht mit der Eindringlichkeit heran, wie es die Zeit erfordert. Nach einem Ausbruch Mollats sei selbst ein Krieg ein Unglück! Es will uns scheinen, daß Tausende und aber Tausende sich dessen nicht bewußt sind, und daß sie in den Tag hineinleben, ohne so recht sich klar zu werden, welche Opfer unsere unergiebliche Armee vor dem Feinde um eine Stunde bringt!“

Man muß annehmen, daß die Konservativen eine direkte, die Bedürftigen verschonende Steuer im Auge gehabt haben. Unter dieser Voraussetzung wird man lebhaft bedauern müssen, daß die Absicht nicht verwirklicht werden konnte.

Gemeinsame Kriegstagung.

Der Deutsche Handelsrat, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der Kriegsausloßung der deutschen Industrie und der Deutsche Handwerks- und Gewerkschaftsrat beratheten am Montag, den 23. September, in Berlin eine gemeinsame Versammlung, welche die unerschütterliche Ueberzeugung auf einen endgültigen Sieg sowie die feste Entschlossenheit, bis zum Ende durchzuhalten, bekunden soll.

Mangel in Ostpreußen.

Die ostpreussische Kammer gibt bekannt, daß ein besonderer Mangel dadurch eingetreten ist, daß es in den kleinen Provinzialstädten Ostpreußens an Ärzten mangelt. Es wird als dringend notwendig bezeichnet, daß sich Ärzte finden, die bereit sind, für die Zeit der Not dort ihre Praxis auszuüben.

Schnelle Beilegung des Landratskonflikts.

Der vor wenigen Tagen zur Disposition gestellte Landrat des Kreises Rößel, v. d. Wed, ist, wie ein Privattelegramm dem „West. Landblatt“ aus Rößel meldet, inzwischen infolge Sturzes mit dem Pferde gestorben. Wie wir gestern berichteten, hatte Landrat v. d. Wed in einem aufföhererregenden Schreiben an die Abgeordneten seines Kreises und die Presse gegen seine Absetzung protestiert und die Erwartung ausgesprochen, daß sich der Kaiser über die Entscheidung des Staatsministeriums noch werde Bericht erstatten lassen.

Pahzwang für Reisen nach Italien.

Nach einer Mitteilung der italienischen Botschaft in Berlin ist zum Eintritt in Italien jetzt der Besitz eines von einer italienischen Konsularbehörde visierten Passes erforderlich.

Vertagung des englischen Parlaments.

Kopenhagen, 17. September. „Berlingske Tidende“ meldet aus London: Das Parlament vertagt sich morgen bis zum 18. Oktober. Die Gomerule-Bill und die Bill zur Entlastung der Kirche in Wales werden Gelesen, treten jedoch auf Grund des Aufschubgesetzes erst nach dem Kriege in Kraft.

Kaiser- Brikett



Um einer irrthümlichen Auffassung unseres Flugblattes vorzubeugen, machen wir, wie bereits gestern in der Presse mitgeteilt, darauf aufmerksam, daß der genannte Preis von M. 7,50 einen sogenannten Sommerpreis, und zwar einen vorübergehenden Kampfpriß, darstellt.

Die festgesetzten regulären Winterpreise, die jeder Kohlenhändler für unsere vorzüglichen Kaiser-Briketts zu fordern hat, und die der Marktlage entsprechen, betragen:

100	Stück	frei Haus M.	110
1000	Stück	bis 2 Treppen M.	1050
5000	Stück	bis 2 Treppen per Tausend M.	1000
10000	Stück	bis 2 Treppen per Tausend M.	950

Bei dieser Gelegenheit weisen wir nachdrücklich darauf hin, daß durch die in der Presse erschienene, Form wie Inhalt nach gleich gehässige Kundmachung der Ilse-Bergbau-A.-G. unsere auf Tatsachen beruhende sachliche Darlegung des Wertverhältnisses unserer vorzüglichen Kaiser-Briketts zu den verschiedenen Ilse-Briketts nicht widerlegt wird. Auf den objektiven Tatbestand ist die „Ilse“ überhaupt nicht eingegangen.

**Niederlausitzer
Brikett-Verkaufs-Gesellschaft**
m. b. H.

28. Verlustliste.

Amflich Grenadier-Regiment Nr. 4: tot 5 Off., 12 Unteroff., 77 Mann; verw. 11 Off., 86 Unteroff., 264 Mann; verm. 11 Mann. — Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 28: verw. 1 Unteroff., 4 Mann. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 30, 2. Bataillon: tot 1 Mann. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 31: tot 5 Off., 2 Unteroff., 13 Mann; verw. 3 Off., 19 Unteroff., 80 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 44, 1. und 3. Bataillon: tot 6 Off., 7 Unteroff., 31 Mann; verw. 18 Unteroff., 83 Mann; verm. 24 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 55, 2. Bataillon: verw. 1 Off., 3 Unteroffiziere, 27 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 59, 2. und 3. Bataillon: tot 7 Off., 18 Unteroff., 133 Mann; verw. 4 Off., 29 Unteroffiziere, 141 Mann; verm. 223 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 61, 1. Bataillon: tot 1 Off., 3 Unteroff., 18 Mann; verw. 6 Off., 22 Unteroff., 182 Mann; verm. 1 Off., 5 Unteroff., 145 Mann. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 75: tot 1 Off., 5 Unteroff., 52 Mann; verw. 6 Off., 30 Unteroff., 163 Mann. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 76: tot 3 Off., 2 Unteroff., 21 Mann; verw. 4 Off., 21 Unteroff., 182 Mann. — Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 80: verw. 3 Mann. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 84: tot 1 Off., 5 Unteroff., 33 Mann; verm. 1 Off., 8 Unteroff., 70 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 87, Regiments-Nach- und 1. Bataillon: tot 1 Off., 3 Unteroff., 26 Mann; verw. 6 Off., 25 Unteroff., 210 Mann; verm. 1 Unteroff., 72 Mann. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 98: tot 4 Off., 1 Unteroff., 24 Mann; verw. 8 Unteroff., 82 Mann; verm. 2 Off., 17 Unteroff., 186 Mann. — Grenadier-Regiment Nr. 110: tot 2 Off., 5 Unteroff., 50 Mann; verw. 19 Off., 64 Unteroff., 427 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 113, 2. Bataillon: tot 1 Off., 8 Unteroff., 44 Mann; verw. 4 Off., 20 Unteroff., 160 Mann; verm. 6 Unteroff., 52 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 137, 2. Bataillon: tot 1 Off., 1 Unteroff., 23 Mann; verw. 2 Off., 4 Unteroff., 38 Mann; verm. 5 Unteroff., 19 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 140, 3. Bataillon: tot 4 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 142, 1. Bataillon: tot 3 Off., 2 Unteroff., 34 Mann; verw. 6 Off., 20 Unteroff., 123 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 143, 1. Bataillon: tot 1 Off., 5 Unteroff., 41 Mann; verw. 2 Off., 16 Unteroff., 107 Mann; verm. 4 Unteroffiziere, 98 Mann. — Königs-Infanterie-Regiment Nr. 145, 2. Bataillon: tot 1 Off., 3 Unteroff., 6 Mann; verm. 2 Off., 11 Unteroff., 82 Mann; verm. 1 Unteroff., 20 Mann. — Infanterie-Regiment Nr. 147, 2. Bataillon: tot 4 Off., 3 Unteroff., 29 Mann; verw. 3 Off., 7 Unteroff., 101 Mann; verm. 6 Unteroff., 58 Mann. Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 2: tot 1 Off., 4 Mann; verw. 3 Unteroff., 8 Mann. — Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 4: verw. 4 Mann. Dragoner-Regiment Nr. 8, Ersatz-Eskadron: verw. 1 Mann; verm. 1 Unteroff., 1 Mann. — Husaren-Regiment Nr. 12: tot 3 Off., 2 Mann; verw. 3 Off., 4 Unteroff., 8 Mann; verm. 1 Off., 9 Mann. — Manen-Regiment Nr. 11: tot 3 Mann; verm. 7 Mann; verm. 1 Mann. — Königs-Manen-Regiment Nr. 13: tot 1 Unteroff., 8 Mann; verm. 1 Unteroff., 7 Mann; verm. 2 Unteroff., 12 Mann. — Jäger-Regiment „Ferde“ Nr. 11: tot 1 Unteroff., 5 Mann; verm. 3 Off., 4 Unteroff., 15 Mann; verm. 2 Mann. — 2. Garde-Landwehr-Eskadron des Landwehrkorps in Ostpreußen: tot 2 Unteroffiziere, 1 Mann; verm. 1 Unteroff., 7 Mann. — 3. Garde-Landwehr-Eskadron des Landwehrkorps in Ostpreußen: tot 1 Off., 3 Unteroff., 3 Mann; verm. 7 Mann. — 1. Landwehr-Eskadron: tot 1 Unteroff., 1 Mann; verm. 1 Off., 16 Mann. 2. Garde-Feldartillerie-Regiment, 2. Abteilung: tot 2 Unteroff., 8 Mann; verw. 2 Off., 11 Mann; verm. 2 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 1, 2. Abteilung: verw. 9 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 6: tot 1 Unteroff., 4 Mann; verm. 3 Unteroff., 7 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 9: tot 1 Mann; verm. 1 Off., 2 Unteroff., 6 Mann. — Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 10, 2. Abteilung: tot 2 Mann; verm. 1 Unteroff., 8 Mann; verm. 1 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 14, 2. Abteilung: tot 4 Mann; verm. 4 Unteroff., 12 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 15, 2. Abteilung: tot 2 Off., 7 Mann; verm. 8 Off., 3 Unteroff., 25 Mann; verm. 1 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 37, 1. Abteilung: verw. 1 Off., 3 Mann; verm. 1 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 38: tot 1 Off., 6 Mann; verm. 4 Off., 8 Unteroff., 48 Mann; verm. 1 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 50: tot 1 Off., 5 Mann; verm. 3 Off., 2 Unteroff., 41 Mann; verm. 1 Unteroff., 1 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 52, Ersatzabteilung: tot 1 Mann; verm. 1 Off., 3 Unteroff., 8 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 57: tot 1 Unteroff., 4 Mann; verm. 2 Off., 3 Unteroff., 24 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 59, 2. Abteilung: tot 5 Mann; verm. 1 Off., 3 Unteroff., 14 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 72, Ersatzabteilung: verw. 1 Unteroff., 1 Mann. — Feldartillerie-Regiment Nr. 73, 2. Abteilung: tot 2 Off., 8 Mann; verm. 1 Off., 2 Unteroff., 8 Mann; verm. 3 Mann. — 1. Landwehr-Batterie (3. Armeekorps): verw. 1 Unteroff., 3 Mann. Garbediv.-Präsidenten Nr. 3: verw. 1 Mann. — Reserve-Train-Abteilung Nr. 36, Reserve-Fuhrpark-Kolonne Nr. 6: verw. 1 Mann. Sanitätskompanie Nr. 1 des Gardekorps: verw. 2 Mann; verm. 2 Mann. — Sanitätskompanie Nr. 1 des 5. Armeekorps: tot 1 Mann; verm. 1 Mann. — Sanitätskompanie Nr. 3 des 16. Armeekorps: verw. 1 Mann. — Reserve-Feldlazarett Nr. 11: verw. 1 Unteroff.

Gleichzeitig wird die Verlustliste Nr. 11 der bayerischen Armee veröffentlicht. Sie enthält Verluste des 15. Infanterie-Regiments.

Die Verlustliste Nr. 16 der württembergischen Armee bringt Verluste des Pfüllingerregiments Nr. 122, des Landwehr-Infanterieregiments Nr. 123 und des Reserve-Feldartillerieregiments Nr. 26.

Aus Groß-Berlin.

Langes Warten.

Aus unserer Leserkreise kommen Klagen über allzulanges Warten bei Ausgabe und Annahme von Arbeit an bestimmten Stellen. Besonders befindet sich in der Rosenstraße die Ausgabestelle für Konfektionsarbeit, eine Einrichtung, die vielleicht sehr nützlich ist. Klage wird nur geführt über das allzulange Warten, dem die Arbeit abliefernden Frauen ausgesetzt sind. Es wird uns berichtet, daß Frauen, die um 9 Uhr vormittags in der Rosenstraße waren, bis um 3 Uhr nachmittags hätten auf Abfertigung warten müssen. Wir wissen nicht, ob das genau so zutrifft. Wichtig ist aber, daß die Wartzeit eine sehr lange ist. Nun ist ohne weiteres zuzugeden, daß die Abfertigung einer solch großen Zahl von Arbeiterinnen, wie sie hier beschäftigt werden, nicht im Handumdrehen erfolgen kann. Wir wissen auch, daß die abliefernden Frauen nach dem Alphabet geordnet, auf bestimmte Tage verteilt werden. Es ist uns auch gesagt worden, daß von der Geschäftsleitung alles getan wird und die Angestellten fleißig arbeiten, um die Wartenden abzufertigen. Vielleicht gibt es aber noch einen Weg, um diesen Klagen auch noch abzuhelfen, indem schon auf der Straße an die Ankommanden Wartenden verteilt werden. Dann könnte die Abfertigung der Reihe nach erfolgen.

Eine andere Klage geht aus folgendem uns zugegangenem Schreiben hervor:

„Im Zentralarbeitsnachweis, Gormannstraße, wird täglich Arbeit für eine größere Anzahl Näherinnen ausgegeben. So erfreulich diese Einrichtung auch ist, so ist damit doch eine unerhörte Zeitvergeudung verbunden. Niefert man des Morgens um 7 1/2 Uhr die Arbeit schon ab, so muß man dort bis mittags 1 Uhr auf die Ausgabe neuer Arbeit warten. Da man immer nur für einen Tag Arbeit erhält, so wiederholt sich dieses fünfständige Warten jeden Tag. — Nachdem man dann seinen Hunger gestillt und die oft weite Entfernung nach Hause zurückgelegt hat, ist es 2 1/2 Uhr. — Nun muß man bis in die Nacht hinein arbeiten und die Hausgenossen mit dem Maschinengeräusch hören und seine Augen und Nerven schädigen. — Sollte sich denn keine andere Einteilung der Ausgabe ermöglichen lassen? Wir sind fest überzeugt, daß auch hier der beste Wille vorhanden ist, den Klagen wegen langen Wartens abzuhelfen. Vielleicht läßt sich auch hier ein Weg dazu finden.“

Brunnenunglück in der Gusefandstraße.

Ein schwerer Unfall hat sich gestern vormittag in der Gusefandstraße 45, im Nordosten Berlins, zugetragen. Auf dem Grundstück befindet sich das „Bad Gusefand“, zu dem ein etwa 9 Meter tiefer Brunnen gehört. An diesem Brunnen war gestern morgen die Pumpenanlage nicht in Ordnung, so daß sich der Bademeister Paul Opiß aus der Altensteiner Straße 3 entschloß, in den Brunnen schacht hinabzusteigen, um die Ursache der Störung festzustellen. Als er nicht wieder zum Vorschein kam und man vergeblich in den Schacht hinabrief, vermutete der zweite Bademeister Brodel aus der Winterfeldstraße 20 einen Unfall. Er stieg kurz entschlossen auch in den Schacht hinab, wurde aber von den giftigen Gasen, die sich dort gesammelt hatten, gleichfalls betäubt und kehrte nicht wieder zurück. Jetzt benachrichtigte man den Eigentümer des Hauses, den Baumeister Heinrich Strauß, der in dem Nebenhause wohnt. Auch er stieg in den Schacht ein. Als er dann auf die Zurufe keine Antwort gab, alarmierte man schließlich die Feuerwehr. Diese war mit einem Löschzug schnell zur Stelle und machte sich sofort an das Rettungswerk. Eine Dampfspritze trat in Tätigkeit und pumpte frische Luft in den Brunnen, während Sappeure mit Sauerstoffschubförmeln ausgerüstet wurden. Wenige Minuten später fanden sie die drei Verunglückten auf einem Absatz bewußtlos vor, mit dem Kopf schon im Wasser liegend. Mit Hilfe von Seilen wurden die drei Opfer dann emporgezogen. Obgleich sie keine Lebenszeichen mehr von sich gaben, stellten die Samariter der Wehr noch Wiederbelebungsversuche an, die aber erfolglos blieben. Die drei Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt und später dem Schausausz geführt.

Für die Unterstützung von Arbeitslosen haben die Deutsche Bank und die Direktion der Diskonto-Gesellschaft dem Magistrat je 30 000 M. überwiesen.

Mietsunterstützung in Lichtenberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung stand eine von der Kostenträgerkommission vorbereitete Magistratsvorlage zur Beratung, die sich auf den Mietszuschuß für Angehörige der Kriegsteilnehmer und Arbeitslose bezog. Nach der Vorlage soll außer den bisher beschlossenen Unterstützungen die Hälfte der Miete, höchstens aber 20 M. im Monat, an die Hausbesitzer gezahlt werden. Vorausgesetzt wird, daß die Vermieter mit der nachträglichen Mietzahlung einverstanden sind und sich verpflichten, für die Zeit, für welche die Stadt die Hälfte der Miete zahlt, die Mäuerung der Wohnung zu unterlassen. Der Zuschuß wird nicht gewährt, wenn vom Arbeitgeber eine so hohe Unterstützung gezahlt wird, daß daraus im wesentlichen die Miete bezahlt werden kann. Die Vorlage wurde mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Stadt-Schachtel suchte nun einen Antrag durchzubringen, wonach der Mietszuschuß auf die sonst gewährte Unterstützung angerechnet werden sollte. Der Antragsteller wurde sogar von einem Teil seiner Fraktion im Stich gelassen. Die neben den bereits bewilligten 800 000 M. zu Unterstützungszwecken erforderlichen 2,2 Millionen sollen im Anleihenwege beschafft werden.

Bei der Auslosung derjenigen Stadtverordneten, deren Mandat am Jahreschluss erlischt, wurden von unseren Vertretern in der 2. Abteilung Genosse Federt, in der 3. Abteilung Nöhler, John, Dampsch, Rudewig, Ritter, Wihle, Elias gezogen.

Unterstützungsmaßnahmen in Vorkriegsvalde-Wittenau.

Von der verstärkten Armenkommission waren bisher zum größten Teil nur 50 Prozent Gemeindegeldzuschuß für die Familien der Kriegsteilnehmer bewilligt worden. Für August war gar kein Zuschuß geleistet. Unsere Genossen hatten deshalb beantragt, eine außerordentliche Gemeindevorteilung einzubringen, um der Armenkommission die Direktive zu geben, in jedem Falle 100 Prozent zu bewilligen. Außerdem sollte Mietsunterstützung gewährt und Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden. Weiter verlangten unsere Genossen Kostenübernahme in Krankheitsfällen, Entbindung usw. für die Familien der Eingezogenen; Errichtung von Volksküchen usw. Vom Gemeindevorstand wurde die Notwendigkeit einer außerordentlichen Gemeindevorteilung nicht anerkannt, unser diesbezüglicher Antrag abgelehnt. Zwei unserer Gemeindevorteiler wurden deshalb persönlich beim Bürgermeister vorstellig. Das Ergebnis der eingehenden Verhandlung war folgendes: Alle Familien der Eingezogenen erhalten 100 Proz. Zuschuß. Für August wird der Gemeindegeldzuschuß nachgezahlt; ebenso erhalten diejenigen 50 Proz. nachgezahlt, die bei den ersten Auszahlungen nur 50 Proz. erhielten. Des weiteren wird jeder Familie nach Bedürftigkeit eine Mietsunterstützung gezahlt. Hierzu ist aber notwendig, daß jede Familie ein Gelübde einreicht. Für die Arbeitslosen soll im weitgehendsten Maße gesorgt werden. In der letzten Sitzung der verstärkten Armenkommission wurde schon dem Versprechen gemäß beschlossen.

Die Reinickendorfer Gemeindevorteilung beschloß in ihrer letzten Sitzung, den Erwerbslosen Unterstützung zu gewähren. Diese sollen je nach der Bedürftigkeit betragen: Für Hausvorstände und Alleinlebende 1 M., und für jedes weitere Haushaltsmitglied 80 Pf. pro Tag. Die Gesamtausgaben hierfür dürften etwa 30 000 M. im Monat betragen. Außerdem sollen den bedürftigen Arbeitslosen und Familien der Kriegsteilnehmer Mietszuschüsse bis zur Höhe von 50 Proz. der zu zahlenden Miete, höchstens jedoch 30 M. pro Monat, gewährt werden. Ein weiter zur Verfügung gestellter Fonds von 10 000 M. soll dazu dienen, kleineren Gewerbetreibenden usw. Darlehen gewähren zu können. Die Ausführung dieser Beschlüsse ist der Kriegskommission übertragen worden. Die Bewilligung der Unterstützungen und Darlehen erfolgt durch eine viergliedrige Subkommission der Kriegskommission, in der der Gemeindevorstand und die drei Fraktionen der Gemeindevorteilung durch je ein Mitglied vertreten sind. Dieser Subkommission wurde auch die Verteilung der freiwilligen Spenden übertragen. Die Auszahlung aller Unterstützungen soll nicht wie bisher an einer Stelle, sondern in den Turnhallen der 1. bis 5. Gemeindevorteilung erfolgen, wodurch die bisher bei der Auszahlung entstandenen Schwierigkeiten behoben sein dürften. Die für die vorgedachten Zwecke benötigten Mittel in Höhe von etwa 300 000 M. sollen möglichst umgehend durch eine Anleihe aufgebracht werden.

Die Gemeindevorteilung in Oberschöneweide beschloß in ihrer letzten Sitzung zu den schon bewilligten 25 000 M. zum An-

lauf von Lebensmitteln und den 5000 M. für zinsfreie Darlehen noch weitere 25 000 M. der Kriegskommission als 1. Rate zur freien Verfügung zu überlassen. Hieron sollen Arbeitslosenunterstützungen und Mietszuschüsse gezahlt werden. Die Höhe der Summen bei beiden Unterstützungsarten soll die Kriegskommission festsetzen. Einem Antrage unserer Genossen, dem Beispiel anderer Vorkriegsgemeinden zu folgen und eine obligatorische Arbeitslosenunterstützung einzuführen, wurde nicht zugestimmt. — Mit den Bezügen und Gehältern sind jetzt Verträge abgeschlossen worden, wonach Hilfeleistungen bei Unbemittelten von der Gemeinde nach vereinbarten Sätzen honoriert werden mit der Bedingung, daß keine Nachforderungen an die Hilfesuchenden gestellt werden dürfen. Im Bedarfsfalle werden Pflegerinnen unentgeltlich von der Gemeinde gestellt. — Die Abgabe von Brennmaterialien geschieht von der Gemeinde kostenlos und zum Selbstkaufpreis. — Zur Herstellung von Mittagessen, pro Portion 10 Pf., sind die Kochkassen der Gemeindevorteilung in der Seppelerstraße und in der Fischen-, Ecke Kottmeierstraße in Betrieb genommen worden. Anträge auf Arbeitslosenunterstützung und Mietszuschüsse sind mündlich oder schriftlich im Gemeindevorstand abzugeben.

Flammentod einer Greisin. Als die in der Balfadenstr. 72 im zweiten Stock des Vorderhauses wohnhafte 78 Jahre alte Rentnerin Auguste Scholz vorgestern abend die auf dem Küchentisch stehende Küchenlampe nahm und damit nach der Stube gehen wollte, bekam sie zwischen Tür und Angel einen Ohnmachtsanfall, brach zusammen und ließ die Lampe fallen. Diese explodierte und die Flamme ergriff ihre Kleider und andere Kleidungsstücke, die an der Unglücksstelle an einem Wandhaken hingen. Auch die Türverkleidung begann gleich zu brennen und so entwickelte sich ein dichter Qualm. Durch diesen wurden Nachbarküchen aufmerksamer. Bei ihrem Hinzukommen war die Greisin jedoch schon tot. Ihr Körper war zwar mit Brandwunden bedeckt, doch scheint nach Ansicht eines sofort hinzugerufenen Arztes der Tod infolge Erstickung eingetreten zu sein. Die Leiche der Unglücklichen wurde beschlagnahmt und nach dem Schausausz gebracht.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich vorgestern nachmittag in der Petersburger Straße. Kurz vor 7 Uhr wurde dort ein etwa 40 Jahre alter Arbeiter von einem Kraftwagen überfahren und getötet, als er vor dem Grundstück Nr. 9 den Fahrdamm überqueren wollte. Bei dem Verunglückten, der ein schwarzes Jackett, eine dunkle Weste und eine graue Hose trug, wurde ein auf einen Kutscher getretener Zettel vorgefunden.

Von den vereinten Vorständen der Bäckerinnungen wird uns geschrieben:

Durch die neue Gewichtskontrolle und Berichte in den Tageszeitungen werden die Bäckermeister als die Brotverteurer hingenommen. Es wird der Ansicht erweckt, daß die Bäckermeister die jetzige Kriegslage ausnützen. Oft genug wird im Publikum von Brotwucher gesprochen.

Die in den Konfektionsfabriken versammelt gewesenen Bäckermeister Groß-Berlins stellen demgegenüber zahlenmäßig fest, daß das Weizenmehl im Frühjahr der Doppelzentner 28—29 M., das selbe Mehl augenblicklich 36—39 M., das Roggenmehl im Frühjahr 31—32 M. kostete. Gleich nach Ausbruch des Krieges mußten sogar, um überhaupt Mehl zu bekommen, für Weizenmehl 47 M., für Roggenmehl 44 M. bezahlt werden. Der Preis des heutigen Mehles ist daher noch immer mehr als 10 M. teurer per Doppelzentner wie in normaler Zeit.

Die Bäckermeister fragen mit Recht, warum wird die große Ernte nicht dem Markt zugeführt und damit die Mehlpreise in normale Höhe gebracht. Hier einzugreifen und die Schuldigen zu ermitteln, dürfte Pflicht der Behörde sein.

Wir können uns dem Wunsch, daß die Behörden eingreifen mögen, nur anschließen. Soffentlich geschieht das recht schnell, denn mit den fortwährenden Beschuldigungen und Entschuldigungen der Interessenten ist der Bevölkerung nicht geholfen.

Die Jugendweihe der freireligiösen Gemeinde findet am Sonntag, den 20. und am 27. September, durch wohlwollendes Entgegenkommen des Magistrats, in der Festhalle des Stadthauses in der Jüdenstraße statt, da die bisher zur Jugendweihe benutzten Lokale zu Lazaretten umgewandelt sind.

Im Hofes Caprice (jetzt Poffen-Theater) ist die Wiedereröffnung der Winterspielzeit auf Sonntag, den 20. d. M., beschlossen.

Kunststiftliche Tegel. In der Kunststiftung, welche die hiesigen Genossen eingerichtet haben, liegt von heute ab die amtliche Bestätigung aus.

Wedenjigen Frauen, deren Männer im Kriege sind und am 1. Oktober umziehen, wird unentgeltlich Umzugshilfe geleistet. Die Frauen wollen sich rechtzeitig melden, damit die Verteilung der Hilfsstoffe rechtzeitig vor sich gehen kann. Genossen, welche gemittelt sind beim Umzuge zu helfen, wollen sich unverzüglich in der Kunststiftung melden.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevorteilungen.

Tegel. Am Montag, den 21. September, im Amtsgebäude. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindevorteilung ist bei rechtig, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lage der Gürtler und Kronenschlosser. In einer am Donnerstag abgehaltenen Branchenversammlung der Gürtler und Kronenschlosser wurde die gegenwärtige Lage dieses Berufszweiges folgendermaßen geschildert: Nachdem die Konjunktur seit längerer Zeit sehr ungünstig war, hoffte man für den Herbst auf eine Besserung. Der Ausbruch des Krieges aber hat diese Hoffnung völlig zerstört. Sogleich nach der Mobilmachung wurden fast sämtliche Betriebe der Beleuchtungsbranche geschlossen. Die Arbeiter, die nach wochen- und monatelanger Arbeitslosigkeit Beschäftigung gefunden hatten, wurden wieder entlassen und haben keine Aussicht auf Arbeitsgelegenheit. Die Zahl der arbeitslosen Gürtler und Kronenschlosser, die in den Wochen vor dem Kriegsausbruch 200 bis 300 betrug, stieg in der ersten Kriegswochen auf 1070. Ein kleiner Teil davon hat in der stark beschäftigten Militäreffektenbranche Unterkunft gefunden, und einzelne Unternehmer der Beleuchtungsbranche gingen in beschränktem Maße zur Fabrikation anderer Artikel über, wodurch die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig auf 935 zurückgegangen ist. Das ist immer noch eine ungewöhnlich große Zahl. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist an eine Besserung in absehbarer Zeit nicht zu denken. Dadurch, daß die meisten Betriebe der Beleuchtungsbranche geschlossen wurden, ist eine Loderung der organisatorischen Beziehungen der betreffenden Arbeiter zu befürchten. Um das zu verhindern, werden die Betriebsvertrauensmänner erjucht, auch da, wo die Betriebe geschlossen sind, ihre Beziehungen zu den Kollegen aufrechtzuerhalten, damit der organisatorische Zusammenhalt auch in dieser ungünstigen Zeit nicht beeinträchtigt wird. Gerade jetzt bedürfen die Arbeiter des Rückhalts, den ihnen die Organisation sowohl in guten wie in schlimmen Zeiten bietet.

Herrenkonfektionschneider! Da von einem Berliner Herrenschneidergeschäft Uniformen für das Kaiser. freiwillige Automobilkorps zur Anfertigung in die Konfektion gegeben werden sollen, und die tariflichen Löhne nicht zahlen zu brauchen, so haben wir sämt-

Nähe Berliner Konfektionsgeschäfte aufgefordert, derartige Gegenstände nur nach den Sätzen des Berliner Uniformtarifs herstellen zu lassen.

Wir ersuchen die Konfektionsmeister, bei der Berechnung der Löhne sich nach dem Tarif der Berliner Uniformschneider zu richten.

Verband der Schneider. Die Ortsverwaltung.

Ausland.

Zwei Armeekorps Banarbeiter.

Vom Zentralverband der Banarbeiter sind etwa 80 000 Mitglieder zu den Fahnen gerufen. Das ergibt also etwa 2 Armeekorps. Am 20. August wurden 43 225 arbeitslose Mitglieder gezählt. Diese Zahl würde sich noch gewaltig vermehren, wenn nicht gleichzeitig 20 000 Mitglieder in anderen Betrieben hätten unterkommen können.

Berichtszeitung.

Das Reichsgericht und der Krieg.

Der letzte Strafsenat des Reichsgerichts hat sich in seiner ersten Sitzung nach den Gerichtsferien mit der Frage befaßt, inwiefern der Kriegszustand auf den Fortgang des Revisionsverfahrens in Strafsachen von Einfluß ist. Der Senat nahm eine den Angeklagten durchweg günstige Stellung ein und beschloß, in allen denjenigen Sachen nicht zu verhandeln, in denen feststeht oder wahrscheinlich ist, daß der Angeklagte zum Militär eingezogen ist. Demgemäß sind am 17. September einige Strafsachen auf unbestimmte Zeit vertagt worden, in denen der Angeklagte nach seinen bei den Akten befindlichen Personalien militärfähig ist und deshalb möglicherweise im Felde steht. Ferner will der Senat nicht gegen diejenigen Angeklagten verhandeln, von denen feststeht, daß sie ihren Wohnsitz in einer vom Krieg betroffenen Gegend (Ostpreußen) haben. In allen solchen Fällen beider Art soll aber dann verhandelt werden, wenn der Senat die Möglichkeit für vorliegend ansieht, daß die Revision zugunsten des Angeklagten Erfolg haben wird.

Schulpflicht und ausländische Schule.

Wegen Schulverhummis beurteilte das Landgericht Dortmund Herrn Riede aus Mengeba, weil er sein Kind nicht in eine inländische Schule, sondern in eine Schule nach Holland sandte.

Das Kammergericht demnach jetzt die Revision des Angeklagten, indem es von folgenden Gründen ausging: Den Kindern preussischer Staatsangehöriger solle grundsätzlich der Schulunterricht in einer inländischen Schule erteilt werden. Das sei aus dem Titel 12 des zweiten Teils des Allgemeinen Landrechts und besonders aus dessen § 49 zu entnehmen. Danach sei der Schulbesuch so lange fortzusetzen, bis das Kind nach dem Besuche der Schulaufsichtsbehörde die nötige Reife erlangt habe. Die Entscheidung, ob die Reife erlangt sei, könne nur von der inländischen Behörde getroffen werden. Somit hätte das Kind des in Mengeba wohnenden Angeklagten eine inländische Schule besuchen müssen. An dieser öffentlich-rechtlichen Pflicht werde auch nichts geändert durch § 1631 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach der Vater den Aufenthalt seiner Kinder zu bestimmen habe. Denn hierbei handele es sich im wesentlichen nur um eine Regelung der privatrechtlichen Beziehungen der Eltern zu ihren Kindern.

Aus Industrie und Handel.

Die Mehl- und Brotpreise.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt von besonderer Seite eine längere Untersuchung über die Mehl- und Brotpreise. Anknüpfend an die bekannte Preisgestaltung bei Beginn der Rohilmahlung wird das Verhältnis zwischen dem Mehlpreis und dem Getreidepreis behandelt. Nach mehrfachen Vorbesprechungen hat am 4. September in der Handelskammer eine erschöpfende Aussprache stattgefunden, in der neben dem Magistrat und der Handelskammer Frankfurter und Rannheimer Großmüller und Getreidehändler sowie die einschlägigen Gewerbe vertreten waren. Im Anschluß daran fand am 7. September eine enger Kommissionsberatung statt. Die ungemein verwickelte und zum Teil unübersichtliche Grundlage für die Kalkulation des Mehlpreises wurde eingehend erörtert, und es wurde festgestellt, daß es nicht möglich sei, einen festen Zuschlag zu finden, um den das Mehl teurer sein dürfte als das Getreide. Es muß nämlich bei den Kalkulationen berücksichtigt werden, daß für 100 Kilo Mehl 133 Kilo Weizen gebraucht werden. Ferner wurden im Vorjahr 20 Prozent einheimischer und 80 Prozent ausländischer Weizen vermahlen. Jetzt ist der ausländische Weizen infolge mangelnder Zufuhren außerordentlich viel teurer geworden. Zu begründen ist die bessere Qualität des diesjährigen deutschen Weizens, so daß nur noch 20 bis 25 Prozent ausländischer Weizen mit zu vermahlen sind. In absehbarer Zeit kann jedoch nur noch deutscher Weizen vermahlen werden. Ausländischer Weizen gibt in den besten Sorten bis 78,9 Prozent Mehl, gleichartiger einheimischer nur 75 Prozent. Außerdem sind auch die Unkosten der Mühlen selbst seit Ausbruch des Krieges bedeutend gestiegen. Infolgedessen glauben die Mühlen, bei dem Preise von 88,25 RM. zu dem sie hinuntergegangen sind, stehen bleiben zu müssen, während die Gegenseite ein weiteres Nachgeben um ein bis zwei Mark durchaus für möglich hält. Alle Gewerbe müssen jetzt mit großen Verlusten arbeiten, während die Verluste des Müllers namentlich durch Lagerung und durch den Gewinn bei dem Anfang der Rohilmahlung mehr als aufgewogen seien. Festigen Unwillen erregte der Gebrauch der Kriegsklausel seitens der Mühlen, wobei Gärten und Milchschloßleitungen nicht gefehlt zu haben scheinen. Jetzt seien die Mühlen bereit, wenigstens einen Teil, etwa 15 Prozent der Lieferungen zu den herabredeten billigen Preisen zu machen. Nach man das Ergebnis zusammen, so würde die Lieferung eines Bruchteiles nach den Verträgen und die oben bezeichnete Gerabsetzung des Preises um ein bis zwei Mark keine durchschlagende Ermäßigung des Kleinhandelspreises bringen können. Bei dem weiteren stetigen Steigen der Getreidepreise muß man im Gegenteil mit einer weiteren Heraussetzung des Brotpreises rechnen, wenn nicht bald wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Hier muß der Staat eingreifen und das Uebel an der Wurzel fassen, um der ungesunden Preissteigerung für Getreide ein Ende zu machen.

Jugendveranstaltungen.

Panlow-Niederichshausen. Sonnabend, den 19. September, Versammlung im „Lärkchen Heim“. Vortrag des Herrn Emil Dittmar über: „Land und Leute in Belgien“.

Sonntag, den 20. September: Spielen im Freien. Treffpunkt: 1 1/2 Uhr Panlow, Nordbahnhof.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitertunen, ist uns soeben die Nr. 26 des 24. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Das Friedensgelände — Die Arbeitslosigkeit. — Die neue Mutterkutschsicherung in der Praxis. Von Dr. Kretsch. (Schluß.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühr 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,50 RM.

Freireligiöse Gemeindef. Sonntag, den 20. September, vorm. 10 Uhr, „Jugendweihen“ in der Festhalle des neuen Berliner Stadthauses, Fildemstraße. Festvortrag von Herrn Dr. B. Wille: „Die höchsten Fragen der Religion.“ — Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Sprechstunde findet Lindenstraße 3, dritter Hof, vier Treppen — Fahrstuhl —, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anzeiger ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. 3. 1914. 1. Ja. 2. Wenn die Tätigkeit für das Geschäft aufgegeben wurde, so ist das Armerdegericht, wurden Sie für die private Tätigkeit des Eheins in Anspruch genommen, so ist das Amtsgericht zuständig. — R. 3. 86. Ja. — C. 9. 18. Ihnen steht 14tägige Kündigungsfrist zu. Tr. 1. Ja. 2. Die Kosten beim Kaufmannsgericht sind unbedeutend. — R. 23. 226. Dagegen gibt es leider kein Mittel. — G. 9. 2. (Walden Sie): Sie erhalten Ihren Antrag aufrecht. — Erwin 1. (Walden Sie): Sie erhalten Ihren Antrag aufrecht, vor der Heirat persönlich oder mündlich ausdrücklich das Eigentum Ihrer Braut anzuerkennen. — W. 3. 1914. Der Rücktritt von der Verlobung verpflichtet den zu Unrecht Zurückgetretenen, die in Erwartung der Ehe gemachten Aufwendungen zu ersetzen. Hierzu gehören eingegangene Verbindlichkeiten. Hat die unbescholtene Verlobte ihrem Verlobten unimten Verlehen gestiftet, so kann sie außerdem eine billige Entschädigung in Geld verlangen. — C. 15. Von Hohenberg (monatlich 8 RM.) — G. 21. 1. Ja. 2. Nein. — Marie 100. Eine Einbindung vom Betrage findet nicht statt. Unzulässig ist die Rechtslage im „Bormarts“ vom 2. September dargelegt. — S. 3. 1914. Nein.

W. 3. 1914. Auf dem Wege wäre nichts zu erreichen. — F. W. 3. 1. und 2. Ja. 2. Nur für das Kalenderjahr 1914 haben Sie zu zahlen. — G. 11. 1. Wenn Ihr Vertrag über den 1. Oktober hinausreicht, so darf Sie der Wirt, auch wenn Sie Miete überhaupt nicht zahlen, nicht evakuieren, weil Ihr Mann einberufen ist. 2. Abzug der Steuern von der Unterbringung ist durchaus unzulässig. Belagern Sie sich beim Landrat. — G. 3. 5. 1. Leider können Sie den Wirt zur Aufhebung des Vertrages nicht zwingen. 2. Ja. 3. Nein. — St. W. 1. 1. und 2. Verlassen Sie es mit einer Eingabe an den Magistrat. 3. Ja. 4. Nein; aber es wird jedenfalls die Sache noch geordnet werden.

W. 3. 19. Krankheit der Stimmungsorgane. — G. 2. 17. 1. Nein. 2. Unterleibsleiden. — S. W. 300. Auf ausdrückliches Verlangen müßte die Antwort erteilt werden. Unterhaltungsfrist ist trotzdem vor. — W. 3. 19. Denken Sie sich an den Vorstand der Gesellschaft. — Sim. unvollst. Chronische Nervenleiden, welche nur noch zum Landsturm tauglich machen. — G. 2. 86. Denken Sie sich an die Gemeinde. — G. 3. 19. Denken Sie sich an die Landesversicherungsanstalt. — S. 2. 2. Ja. — S. 15. Klagen Sie gegen die Wirtin auf Beseitigung der Hindernisse und Freistellung des Korridors. — R. 3. 18. Das Amtsgericht Neudamm ist zuständig. — G. 2. 100. Von Strafbareit kann keine Rede sein. Legen Sie die Verhältnisse dem Vormundschaftsgericht dar und beantragen Sie, das Kind Ihnen zu übergeben. — W. 126. Leider ist, wie wir ja seinerzeit darlegten, in der Tat die Versicherung der Leinwandstücken durch Notgeld vom 4. August 1914 aufgehoben. — W. 3. 29. 1. Ja. 2. und 3. Nein. — H. 2. 33. Sie müßten Ihre Forderung eintragen und dann Klage in das Piano vornehmen. — W. 14. Eine Ansetzung hätte kaum Aussicht auf Erfolg. — D. 115. Ja. — S. 66. Ja. — G. 54. 1. Krankheiten der Hornorgane. 2. Noch nicht. 3. Ja. — H. 2. 37. 1. Hornhautflecke und Trüb. 2. Schmelz. — W. 14. 1. Auf Grund des Gebührensrechtes ja. 2. Wenn der Austritt aus der Landesliste im Dezember 1913 erklärt war, so ist nur noch für das Kalenderjahr 1914 Kirchensteuer zu zahlen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmittag: Hiemlich kühl und vorwiegend trübe mit weitverbreiteten, im allgemeinen geringeren Regenfällen. Später im Südwesten zeitweise anhaltend.

JANDORF

68⁸ Woche 68⁸

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstz. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr.
Neu eröffnet: Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 118-119

<p>Rassler Pfund 68,75 Pf.</p> <p>Frisches Fleisch (Nicht am Kottbuser Damm)</p> <p>Fahnenstangen</p> <p>Kalbskamm oder Bug Pfund 75 Pf. Suppenfleisch Pfund 75 Pf. Schmorfleisch in Knoch. Pfund 85 Pf. Schweinekoteletts Pfund 85 Pf. Schweinebauch Pfund 75 Pf. Schweinekamm Pfund 75 Pf. Pökelkamm in Gans Pfund 70 Pf. Pökelrippen Pfund 70 Pf. Lieser Pfund 70 Pf. Rückenfett Pfund 70 Pf. Eisbeine Pfund 35 Pf. Ohren und Schnauzen Pfund 25 Pf.</p> <p>Enten Stück 2.25, 3.00</p>	<p style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">Lebensmittel</p> <p style="text-align: center; font-size: 0.8em;">Nicht am Spittelmarkt. Verkauf nicht an Wiederverkäufer. Zusendung ausgeschlossen!</p> <table style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> <p>Butter und Käse</p> <p>Molkereibutter 1/2-Pfund-Paket 63 Pf. Kochbutter Pfund 1.15 Schweizer Käse Pfund 88, 98 Pf. Limburger Käse Pfund 45 Pf. Blorkäse Pfund 55 Pf. Romatour-Käse Stück 28 Pf. Harzer Käse 4 Stück 10 Pf.</p> <p>Bratenschmalz .. Pfund 75 Pf.</p> <p>Räucherwaren</p> <p>Salz-Heringe Stück 6 Pf. Lachsheringe Stück 10 Pf. Lachs 1/4 Pfund 30 Pf. Aale geräuchert Pfund 1.15</p> </td> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> <p>Obst und Gemüse</p> <p>Weintrauben Pfund 28 Pf. Essbirnen Pfund 15 Pf. Kochbirnen Pfund 10 Pf. Kochäpfel Pfund 10 Pf. Tomaten Pfund 10 Pf. Salatgurken Stück 5, 8 Pf. Rot-, Weiss-, Wirsingkohl Kopf 5, 8 Pf. Kürbis in Gans Pfund 4 Pf. Preisselbeeren Pfund 25 Pf. Zwiebeln Pfund 5 Pf.</p> <p>Grüne Bohnen 2 Pfund 15 Pf. Mohrrüben 3 Pfund 10 Pf.</p> </td> </tr> </table>	<p>Butter und Käse</p> <p>Molkereibutter 1/2-Pfund-Paket 63 Pf. Kochbutter Pfund 1.15 Schweizer Käse Pfund 88, 98 Pf. Limburger Käse Pfund 45 Pf. Blorkäse Pfund 55 Pf. Romatour-Käse Stück 28 Pf. Harzer Käse 4 Stück 10 Pf.</p> <p>Bratenschmalz .. Pfund 75 Pf.</p> <p>Räucherwaren</p> <p>Salz-Heringe Stück 6 Pf. Lachsheringe Stück 10 Pf. Lachs 1/4 Pfund 30 Pf. Aale geräuchert Pfund 1.15</p>	<p>Obst und Gemüse</p> <p>Weintrauben Pfund 28 Pf. Essbirnen Pfund 15 Pf. Kochbirnen Pfund 10 Pf. Kochäpfel Pfund 10 Pf. Tomaten Pfund 10 Pf. Salatgurken Stück 5, 8 Pf. Rot-, Weiss-, Wirsingkohl Kopf 5, 8 Pf. Kürbis in Gans Pfund 4 Pf. Preisselbeeren Pfund 25 Pf. Zwiebeln Pfund 5 Pf.</p> <p>Grüne Bohnen 2 Pfund 15 Pf. Mohrrüben 3 Pfund 10 Pf.</p>	<p>Kartoffeln 10 Pfund 33 Pf.</p> <p>Wurstwaren</p> <p>Teewurst Pfund 1.15 Bavarn-Mettwurst Pfund 98 Pf. Mettwurst (nach Braunschweiger Art) Pfund 1.10 Pastetenleberwurst Pfund 1.20 Landleberwurst Pfund 85 Pf. Rot- od. Zwiebelwurst Pfund 55 Pf. Schinkenspeck Pfund 1.20 Schinkenecken Pfund 95 Pf. Speck, fett Pfund 1.00 Speck, mager Pfund 1.10</p> <p>Kolonialwaren</p> <p>Kakao Pfund 85 Pf. Kaffee frisch gebrannt 1/2-Pfund-Paket 55, 60, 65 Pf. Zucker Pfund 22 Pf. Marmelade ca. 2-Pfund-Bimer 1.25</p> <p>Suppenhühner Stück 1.85, 2.45</p>
<p>Butter und Käse</p> <p>Molkereibutter 1/2-Pfund-Paket 63 Pf. Kochbutter Pfund 1.15 Schweizer Käse Pfund 88, 98 Pf. Limburger Käse Pfund 45 Pf. Blorkäse Pfund 55 Pf. Romatour-Käse Stück 28 Pf. Harzer Käse 4 Stück 10 Pf.</p> <p>Bratenschmalz .. Pfund 75 Pf.</p> <p>Räucherwaren</p> <p>Salz-Heringe Stück 6 Pf. Lachsheringe Stück 10 Pf. Lachs 1/4 Pfund 30 Pf. Aale geräuchert Pfund 1.15</p>	<p>Obst und Gemüse</p> <p>Weintrauben Pfund 28 Pf. Essbirnen Pfund 15 Pf. Kochbirnen Pfund 10 Pf. Kochäpfel Pfund 10 Pf. Tomaten Pfund 10 Pf. Salatgurken Stück 5, 8 Pf. Rot-, Weiss-, Wirsingkohl Kopf 5, 8 Pf. Kürbis in Gans Pfund 4 Pf. Preisselbeeren Pfund 25 Pf. Zwiebeln Pfund 5 Pf.</p> <p>Grüne Bohnen 2 Pfund 15 Pf. Mohrrüben 3 Pfund 10 Pf.</p>			

Fahnen
Karten vom Kriegsschauplatz
Sammelmappen

Soziales.

Krieg kein Entlassungsgrund.

Das Münchener Kaufmannsgericht hat unter Vorsitz des bekannten Richters Dr. Brenner einem Reisenden, der wegen Ausbruchs des Krieges entlassen war, das volle Gehalt zugesprochen. Die interessanten Entschuldigungsgründe gingen dahin:

Es handelt sich um die Frage, ob der Ausbruch des Krieges die Beflagte berechtigt, den Kläger sofort unter Verweigerung des ihm zustehenden Gehalts zu entlassen. Ein derartiges Recht könnte lediglich auf die speziellen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches im § 70 und § 72 gestützt werden. Hiernach kann das Dienstverhältnis im allgemeinen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Nach Anschauung des Gerichts schafft der Krieg nur in ganz vereinzelten Ausnahmefällen einen derartigen wichtigen Grund, z. B. wenn der einzige Geschäftsinhaber ohne die Möglichkeit einer Stellvertretung zur Fahne einberufen wird und dadurch schon aus äußerlichen Gründen ohne subjektives Ermessen jegliche geschäftliche Betätigung von selbst aufhören muß oder wenn infolge äußeren Zwanges, z. B. feindliche Invasionen, der Betrieb eingestellt wird. Im allgemeinen ist aber daran festzuhalten, daß der Geschäftsbetrieb nur auf Risiko des Geschäftsinhabers geführt wird. Dieser hat sonach allein für die außerordentlichen Folgen des Geschäftsniederbruchs oder der von ihm nach freiem Ermessen verfügten Ge-

schäftsstilllegung aufzukommen, ebenso wie er auch den Vorteil eines plötzlichen Geschäftsaufschwunges infolge außerordentlicher Verhältnisse ganz für sich allein rechtlich beanspruchen kann. Die allgemeine Berechtigung der plötzlichen Entlassung des Angestellten wegen der Folgen des Kriegsausbruchs würde die Anerkennung der mindestens teilweisen Abwälzung des Geschäftsriskos auf den Angestellten bedeuten, ein Rechtszustand, der schon mit dem Begriffe wie „Prinzipal“ und „Hilfsangestellte“ unvereinbar wäre. Es können daher auch Einschränkungen oder Schließungen von Geschäftsbetrieben, die lediglich auf finanzielle Kalkulationen über die Höhe eines Geschäftsgewinnes beruhen, die fristlose Entlassung nicht rechtfertigen. Der gleiche wirtschaftliche Gesichtspunkt fähre auch den Gesetzgeber dazu, sogar im Falle der Konkursöffnung, gleichviel, ob dieser verschuldet oder unverschuldet ist, ein fristloses Entlassungsrecht gegenüber den Angestellten zu verneinen, vielmehr ausdrücklich zu bestimmen, daß auch in diesem Falle des finanziellen Zusammenbruchs das Dienstverhältnis nur unter Einhaltung der ordentlichen bzw. gesetzlichen Kündigungsfrist gelöst werden kann (§ 22 der Konkursordnung). In Anwendung dieser Grundfätze war die Beflagte nicht berechtigt, den Kläger aus - wenn auch begründeter - Furcht einer sehr geringen fruchtbareren Aquisitionsfähigkeit sofort zu entlassen; in derartigen Fällen bleibt dem Prinzipal nur der Weg der ordentlichen Kündigung offen.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis, Jugendabteilung. Die Versammlungen der jugendlichen Mitglieder finden am Mittwoch, den 23. September, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen statt: Straß, Schönhauser Allee 184b; Koczorowski, Ravenstr. 6; Franke, Dabtr. 19; und Schröder, Strom-

straße 36. Referenten sind die Genossen E. Neumann, W. Pöhl, Frau Räte Dunder und B. Pöhl. Zum Vortrag gelangt: „Proletarische Blüthen in schwerer Zeit“. Mit-Gliedern. Morgen, Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet für die Parteigenossen und deren Familien bei Schäfer, Schirmerstraße, ein zünftiges Beisammensein mit Kaffeelocher, Kinderpielen usw. statt. Da bei dieser Gelegenheit die für das ausgefallene Sommerfest angeschafften Gegenstände verteilt werden sollen, wird vollständiges Erscheinen, besonders der Frauen und Kinder, erwartet.

Oswald Naefe

Färberei u. Chemische Wäscherei

Fabrik: Britz Rudower Str. 34 Tel.: Nk. 208

Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw.

Gardinen-Wäscherei, Mehan. Teppich-Schüttelwerk.

Kauf, Bedienung, Bill. Preise. Abholung u. Zustellung kostenlos.

Filialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 161, Saale-

straße 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannplatz), Kaiser-

Friedrich-Straße 82, Kaiser-Friedrich-Straße 195, Münchener

Straße 36/37, Ecke Mainzer Straße, Steinmetzstr. 43, Friedel-

straße 34, Knesbeckstr. 119, Ecke Hermannstr., Weserstr. 16,

Emsenstr. 16/17, Teupitzer Str. 105.

Berlin S: Grüfestr. 82.

Schöneberg: Goltzstr. 12, Sedanstr. 1, Akazienstr. 6,

Hauptstr. 108.

Bezirkspost des Westens

Beilage zur „Berliner Morgenpost“

Nr. 257.

Sonnabend, 19. September 1914.

Die „Bezirkspost des Westens“ liegt regelmäßig jeden Dienstag und Sonnabend bei in diesem Bezirk zur Verbreitung gelangenden Exemplaren der „Berliner Morgenpost“ bei.

Der Anzeigenpreis für die „Bezirkspost des Westens“ beträgt 30 Pf. die Zeile. Annahme der Anzeigen in der Haupt-Expedition der „Berliner Morgenpost“ und in allen hiesigen Filialen.

8 billige Tage für Herbst- und Winterwaren

Für diesen grossen Sonderverkauf haben wir, der ernsten Zeit entsprechend, grosse Posten Waren, in der Hauptsache neue praktische Herbst- und Winterwaren zusammengestellt. Die Preise sind ganz enorm billig, um einerseits die grossen Lagerbestände umzusetzen, andererseits Ihnen gute Waren für billiges Geld abzugeben

Table with 4 columns listing various clothing items and their prices. Categories include Damen-Konfektion, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Dam.-Wäsche, Hüte für Damen und Kinder, Teppiche und Gardinen, and Trikotagen und Strümpfe.

Grosse Posten Trikotagen und Strümpfe

Extra-Angebote für Militärzwecke 10% in bar oder doppelte Rabattmarken

Table listing prices for various items like Strickwolle, Normal-Trikothemden, Wollene Kniewärmer, etc.

Feldpostbriefe versandfertig in verschiedenen Zusammenstellungen sehr preiswert

Wilhelm Joseph

Schöneberg, Hauptstr. 163 • Berlin, Grossgörschenstr. 1.

Möbelmagazine
F. Beck, Klosterstr. 87, Spandau.
Dachne, F. H., Neue Jannistr. 36.
Goppert, Paul, Zossenerstr. 22.

Schubert, Carl, Wollg. Bergstr. 144.
W. Kapitul, Frankfurter Allee 198.
Obst, Gemüse
Kleine Markthalle, E. Engelhardt.

Petersohn, Osk., Müllerstr. 124.
J. Petzold, Marienberg, Str. 10.
V. Smoljowski, Irenenstr. 43.

Sprit- und Likörfabrik
Ringstr.
m. & W. Müller
Buckowerstr. 78.

Die erste selbstgegründete
Patzenhofer
J. Guggenberger, Rosenstr. 54.

Adlershof
Past.-Lad. R. Kletmann, Bernauerstr. 144.
Kaufhaus Julius Well Nachf.

Nieder-Schönhausen
Max Schulze, Birge, Kala, Wollg. Str. 14.
O. Stiem, Schickler, Kala, Wollg. Str. 14.

URANIA Taubenstr.
48/49.
4 Uhr:
Lüttich und das helgische Land.

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Orchester Franz v. Blon.

So billig haben wir Schuh-
waren noch nie verkauft!
Aufsehen erregend!
Schwarze Mädchen- u. Knaben-
Schnürstiefel, 27-36 . . . 3.95

Verkaufe.
Zeplich-Thomas, Dronenstr. 44.
Spezialbillig fertigschneidende Teppiche.

20 Prozent Rabatt während
des Krieges auf sämtliche Möbel.
Biele wenig gebraucht, fast neue

Freundliche kleine Wohnungen:
1 Zimmer, Küche von 19 Quart.
2 Zimmer, Küche von 24 Quart an.

Zimmer.
Elegante Separatzimmer 25,-
täglich 45,-, direkt Bahnhofs-
Annoncenbureau „Germann“.

Reichshallen-Theater.
Stettiner
Sänger.
Göttinger
Programm.

Rose-Theater.
Die Waffen her!
Walhalla-Theater.
Deutschland über alles.

Damen-Schnürstiefel,
Größe 36 3.45
Damen-Hauschuhe, schwarz
und braun 1.95

Monatsangabe und Sommer-
unter von 5 Quart sowie Damen
von 1.50, Gebrodenangabe von 12.00.

Kaufgesuche.
Zahngelbte, Goldschalen, Silber-
schalen, Platinabfälle, ähnliche Metalle

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Arbeiter, 25 Jahre, verheiratet,
lustig Beschäftigung, nachmittags und

Stellengesuche.
Arbeiter, 25 Jahre, verheiratet,
lustig Beschäftigung, nachmittags und

Theater-Folies-Caprice
Die Niedereröffnung d. Winter-
theaters ist am Sonnabend, den

Ludwig Frank
Als Nr. 7 unserer „Bunten
Kriegsbilderbogen“ er-
schien ein hervorragendes,

Schuhhaus Kuntze Neht.
nur Große Frankfurter Straße 83
Ecke Marsiliustrasse.

Unterricht.
Unterricht in der englischen
Sprache für Anfänger und Fort-
geschrittene, einzeln oder im Verein,

Verschiedenes.
Patentanwalt Müller, Göttinger-
straße 16.

Stellenangebote.
Korbmacher werden noch ein-
gestellt auf Gefäßherbe und Gefäß-
arbeit.

Schirrmeister
und Bauschlosser
Panzer A.-G., Badstr. 59.

Spezialarzt
Dr. med. Weckenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden

H. & P. Uder,
Berlin SO. 16,
Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Der Weg lohnt sich nach
Schuhhaus Kuntze Neht.
nur Große Frankfurter Straße 83

Möbel.
Bildliche Wohneinrichtung,
Stube, Küche, Speisek., Sport-
preis, Rosenfelderstraße 57 bei Glas.

Vermietungen.
Wohnungen.
Charlottenstraße 87, kleine Woh-
nungen, billig, renoviert.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Korbmacher werden noch ein-
gestellt auf Gefäßherbe und Gefäß-
arbeit.

Gewehrfabrik Spandau
Hierbei sofort einrichtiger, Werkzeug-
und Beschäftigter ein, die auf Waffen-
fabrikation einarbeiten sind.